

4. Social services

The state social work departments concentrate on case work, which does not solve the problems. Getting help again is ethnic based, and one has to produce one's identity card. "Social welfare pensions are unequal and inadequate: whites get R 159 per month, the black ethnic groups R 122 to R 50", a social worker said, "and it can take two years of waiting for it."

When Administrations cannot provide pensions, according to the people's need, many old people are starving. National Welfare only pay R 50 per month. Although the costs of living has risen 200 % over the past six years, National Welfare pensions did not increase.

NOTES

¹ S. A. Strauss, Legal handbook for Nurses and Health Personnel, 1987.

² Ibid. (note 1): 142.

³ Ibid. (note 1): 32 ff.

⁴ Personal interview with Dr. K. G. Abrahams, Windhoek, October 1988.

⁵ the Economist Intelligence Unit (EIU), Country Profile, Namibia 1987/88: 11.

⁶ IDAF, A Nation in Peril. Health in Apartheid Namibia. Fact Paper on Southern Africa No. 13, London 1985: 19.

⁷ Christine van Garnier, Katutura revisited, Windhoek 1986: 56.

⁸ EIU (note 5): 18.

⁹ Caroline Moorehead, Namibia. Apartheids forgotten Children, Oxford 1988: 3.

¹⁰ Personal interview with Dr. K. G. Abrahams a.o., October 1988.

¹¹ Ibid.

¹² Ibid.

¹³ IDAF (note 6): 20.

¹⁴ EIU (note 5): 12 and Moorehead (note 9): 15.

¹⁵ Tom Lobstein and the Namibia Support Committee Health Collective, Namibia. Reclaiming the people's health, London 1984: 14.

¹⁶ Personal interview with Carl Scholz.

¹⁷ Personal interview medical doctors.

¹⁸ Personal interview with Dr. K. G. Abrahams, Windhoek, October 1988.

¹⁹ Ibid.

²⁰ Personal interview with nurses in Ovambo and Katutura.

²¹ Ibid.

²² Namibian, October 1988.

²³ Personal interview with nurses in Katutura, October 1988.

Nadia Gevers, Bizet Laan 32, 2253 CN-Voor Schoten, Holland

Walter Sauer und Theresia Zeschin ÖSTERREICHISCHE BEZIEHUNGEN ZU NAMIBIA

Im eher weitmaschigen Geflecht der österreichischen Beziehungen zur Region Südliches Afrika¹ nahm (und nimmt) Namibia bis zur Erlangung seiner politischen Unabhängigkeit aufgrund seiner spezifischen völkerrechtlichen Situation eine Sonderstellung ein.

Seitdem die UNO-Vollversammlung im Oktober 1966 das Südafrika vom seinerzeitigen Völkerbund verliehene Verwaltungsmandat beendet und der Internationale Gerichtshof im Juni 1971 die Anwesenheit südafrikanischer Organe in Namibia für illegal erklärt hatte, stand die frühere deutsche Kolonie Südwestafrika theoretisch unter der Verwaltung der Vereinten Nationen; die Vollversammlung hatte zur Wahrnehmung dieser Agenden den UN Council for Namibia als völkerrechtlich rechtmäßige Verwaltungsbehörde geschaffen. Faktisch jedoch hielt die südafrikanische Präsenz in Namibia in administrativer, ökonomischer und zunehmend auch militärischer Hinsicht dennoch an, ja wurde sogar noch erheblich gesteigert; der UN Council konnte das ihm zur legitimen Verwaltung übertragene Gebiet nie betreten und mußte sich auf einzelne prinzipielle Hoheits- und Verwaltungsakte von New York aus beschränken. Internationale Übereinkünfte zur Regelung der Namibia-Frage durch Entlassung des Territoriums in die Unabhängigkeit (vor allem die Res. 385, 432 und 435 des Weltsicherheitsrates) wurden von Südafrika erfolgreich boykottiert und konnten erst aufgrund des von den USA vermittelten Grundsatzvertrages zwischen Südafrika, Angola und Kuba von Ende Dezember 1988 - und auch dann nur teilweise² - realisiert werden.³

Angesichts dessen haben sich Beziehungen zum Territorium Namibia nicht nur einer völkerrechtlichen Beurteilung dahingehend zu unterziehen, inwieweit durch sie die illegale Präsenz der südafrikanischen Besatzungsmacht in Namibia bzw. die ebenso illegale Existenz der von ihr geschaffenen Verwaltungsinstitutionen implizit oder explizit als legitim anerkannt wurde.⁴ Sie haben zugleich auch in politischer Hinsicht Rechenschaft darüber abzulegen, ob und inwieweit sie der völkerrechtswidrigen südafrikanischen Präsenz Vorschub geleistet und dadurch den international verurteilten Kolonialstatus Namibias vertieft, den Übergang der - seit der Befreiung Zimbabwes 1980 - letzten Kolonie des Subkontinents in die politische Unabhängigkeit verzögert haben. Am Beispiel Österreichs soll im folgenden eine Klärung dieser Fragen versucht werden.

1. Die österreichische Außenpolitik und Namibia

"Österreich betrachtet - im Einklang mit den Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes - die Verwaltung Namibias durch Südafrika als illegal und

unterstützt die Bemühungen der Vereinten Nationen, in Verhandlungen mit allen betroffenen und interessierten Parteien die Voraussetzungen für eine raschestmögliche, international anerkannte Unabhängigkeit des ehemaligen Südwesafrika gemäß der UN-Res. 435 zu schaffen."⁵

Im wesentlichen sind die Grundsätze der österreichischen Außenpolitik hinsichtlich der Namibia-Problematik im Verlauf der 70er- und 80er Jahre im Kontext der multilateralen Diplomatie Österreichs, sprich: des österreichischen Engagements im Bereich der Vereinten Nationen, formuliert worden. Angesichts der völkerrechtlichen Sonderstellung Namibias als eines der direkten Verantwortlichen der UNO unterstellten Territoriums erscheint dies angemessen und nicht verwunderlich. Historisch-konkret spiegeln sich darin aber zugleich personelle Konstellationen österreichischer Partizipation im Rahmen der Weltorganisation wider: zum einen die Unterstützung der heimischen Außenpolitik für den österreichischen UN-Generalsekretär Kurt Waldheim, in dessen Amtszeit die Verhandlungen über die Geschichte des Territoriums fielen und als einer der Höhepunkte derselben 1978 die Beschlußfassung über Res. 435 des Weltsicherheitsrates und somit über das letztlich realisierte Unabhängigkeitsmodell gelten kann;⁶ zum anderen auch die aktive Mitgliedschaft Österreichs im Weltsicherheitsrat Mitte der 70er Jahre, geprägt nicht zuletzt durch den damaligen UN-Botschafter und späteren Außenminister Peter Jankowitsch.

Beide Faktoren haben den Stellenwert der Namibiafrage im Rahmen der österreichischen Außenpolitik in nicht unbeträchtlicher Weise beeinflusst.

Die vielfach wiederholten, in Formulierungen des öfteren freilich nuancierten Elemente dieser UN-konsistenten österreichischen Position sind folgende:⁷

- die südafrikanische Besatzungsmacht und ihre Politik in Namibia werden als illegitim angesehen und demgemäß nicht anerkannt;
- es wird "für einen ehestmöglichen friedlichen Übergang Namibias in die Unabhängigkeit auf der Grundlage der UN-Res. 435" eingetreten und dabei die wichtige Rolle der Vereinten Nationen hervorgehoben;
- die "intransigente Haltung Südafrikas, die der Durchführung des Plans entgegensteht" sowie die von namibischem Gebiet aus durchgeführte südafrikanische Destabilisierungspolitik wird bedauert;
- die Bestrebungen der südafrikanischen Besatzungsverwaltung, Namibia einseitig in eine international nicht anerkannte Unabhängigkeit zu entlassen, werden verurteilt; dies trifft insbesondere auf die sog. "internen" Wahlen von 1978⁸ und auf die Etablierung der sog. "Interims-Regierung" im Jahr 1985 zu;⁹
- weiters wird die von den Vereinigten Staaten vorgetragene Theorie des "linkage", die den Übergang Namibias in die Unabhängigkeit vom Abzug kubanischer Truppen aus Angola abhängig zu machen versuchte, als nicht direkt relevant zurückgewiesen. An ihrer Stelle schlägt Österreich die Etablierung eines Netzwerks bilateraler Sicherheitsabkommen in der Region vor;
- die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der südafrikanischen Fremdherrschaft, die Militarisierung des Territoriums sowie die Repression und die Verletzungen der Menschenrechte werden bedauert; in diesem Zusammenhang wird österreichische humanitäre Hilfe zugesagt.

In Übereinstimmung mit dieser Position haben sich bestimmte traditionelle Formen der Mitarbeit Österreichs an UNO-Programmen für Namibia entwickelt, so die jährliche Unterstützung für den humanitären Fonds der Vereinten Nationen für Namibia".¹⁰ Bereits im Juni 1978, also noch vor Beschluß der Res. 435, wurde österreichischerseits ferner die Möglichkeit erörtert, Polizei- und Zivilpersonal im Rahmen einer internationalen Überwachungstruppe nach Namibia zu entsenden;¹¹ diese heimische Beteiligung an UNTAG konnte freilich erst 1989 realisiert werden (siehe unten). Und nicht zuletzt war dem auf seine Reputation als Begegnungsort bedachten Österreich auch die vielfältige Konferenztätigkeit der Vereinten Nationen hinsichtlich Namibias nicht unwillkommen.

Nachdem Wien schon im Dezember 1980 als Tagungsort für eine UNO-Namibia-Konferenz kompromißweise im Gespräch gewesen war,¹² wurde zwischen 3. und 7. Juni 1985 eine Plenartagung des UNO-Namibia-Rates in der Wiener UNO-City¹³ sowie vom 7. bis 11. Juli 1986 die "International Conference for the immediate independence of Namibia" (UN-Namibia-Konferenz) in der Wiener Hofburg abgehalten; die Kosten wurden von der Bundesregierung übernommen.¹⁴ Die Teilnahme des PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat an dieser Konferenz, die Mitarbeit des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky an einer Gruppe von Eminent Persons - die in einer eigenen Namibia-Erklärung umfassende Südafrika-Sanktionen forderten - sowie das Zusammentreffen von SWAPO-Präsident Sam Nujoma mit dem österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim wurde von in- wie ausländischen Medien dabei besonders hervorgehoben.

International wurde die österreichische Haltung zur Namibia-Problematik vielfach als eine "progressive und aufgeklärte Position"¹⁵ bewertet. Dies muß - vor allem im Vergleich zur Haltung der großen westlichen Länder - zwar als zutreffend angesehen werden, zugleich aber sind auch charakteristische Defizite und Grenzen der österreichischen Außenpolitik in dieser Frage unübersehbar:

- die (wohl nur vor dem Hintergrund der üblichen Verdrängung des österreichischen Partisanenkampfes zu Ende des Zweiten Weltkriegs interpretierbare) Verurteilung der Legitimität des bewaffneten Befreiungskampfes der SWAPO;
- die Ablehnung von umfassenden internationalen Sanktionen, um Südafrika zum Rückzug aus dem illegal besetzten Territorium Namibia zu zwingen. In diesem Zusammenhang sind auch die österreichische Gegenstimme gegen den Ausschluß Südafrikas aus der UN-Generalversammlung im März 1981¹⁶ sowie die generelle Ablehnung der namentlichen Nennung von mit Südafrika kollaborierenden Staaten in UN-Resolution zu sehen;
- die namibische Befreiungsbewegung SWAPO wurde - entgegen der Auffassung der Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten, aber im Gleichklang mit den westlichen Ländern - nicht als "authentic representative of the Namibian people" (Res. der UN-GV 3111/XXVIII/1973) anerkannt;¹⁷
- die österreichische Haltung ignorierte das vom UN-Council for Namibia 1974 verabschiedete Dekret Nr. 1, in welchem die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer Namibias verurteilt bzw. von einer Genehmigung des Rates abhängig gemacht wurde;
- es erscheint ferner ungeklärt, ob die ursprüngliche zustimmende Haltung Öster-

reichs zur Integration der Hafenstadt Walvis Bay in namibisches Territorium¹⁸ noch aufrecht ist.

Last, but not least: Obwohl Österreich die südafrikanische Präsenz in Namibia nicht als legitim anerkannte, wurde das Territorium durch das österreichische Honorarkonsulat in Kapstadt mitbetreut. Dies widersprach der Rechtsmeinung des Internationalen Gerichtshofes von 1971 und der diesbezüglichen Aufforderung des UN-Sicherheitsrates an alle Mitgliedsländer, der südafrikanischen Besatzungsverwaltung in Namibia keine Anerkennung zu gewähren und somit auch keine diplomatischen Missionen mit auf Namibia ausgedehnter Jurisdiktion zu errichten (Res. 301/1971).¹⁹

Trotz der weitgehenden Übereinstimmung der österreichischen Haltung mit internationalen Positionen führten diese teilweise rein formalen Vorbehalte häufiger, als dies erwartbar gewesen wäre, zur Stimmenthaltung der österreichischen Repräsentanten in UNO-Gremien. Dahinter sind freilich noch andere inhaltliche Gründe auszumachen: das in den 80er Jahren deutlichere Bestreben der heimischen Außenpolitik, sich bei Abstimmungen in internationalen Gremien im europäischen Mittelfeld und nicht allzu sehr von den USA wegzubewegen;²⁰ die hinsichtlich Südafrikas generell und vor allem in der Sanktionsfrage sehr zurückhaltende Position der Bundesregierung;²¹ und nicht zuletzt die Rücksichtnahme auf wichtige Teile der öffentlichen Meinung innerhalb Österreichs. Diese erwies sich nämlich als weit weniger von internationalen Standards als vielmehr von propagandistischen Einflüssen und kurzfristigen Vorurteilen geprägt, wie sie für das österreichische Verhältnis zum Südlichen Afrika weiterhin charakteristisch sind.

2. Namibia im Bewußtsein der österreichischen Öffentlichkeit

2.1. Die deutschnationale Sichtweise

Im Bereich der innerösterreichischen Diskussion über Namibia lassen sich drei differierende, freilich teilweise ineinander übergehende Perspektiven unterscheiden. Als historisch wohl ältester Zugang dieser Art ist der deutschnationale zu nennen: die hartnäckig am Leben erhaltene und von dem Selbstbewußtsein so mancher Auslandsösterreicher nicht unbeeinflusste Sichtweise Namibias als "Deutsch-Südwestafrika".

Ins Literarische übergehende Reportagen über die "weißen Südwesten", ihr hartes Leben auf namibischer Scholle und ihr Schicksal angesichts der - in welcher Form auch immer - bevorstehenden Unabhängigkeit gehören beinahe zum journalistischen Gemeingut. Nicht nur den namibischen Weißen im allgemeinen, vor allem jenen deutscher Herkunft, gilt das primäre Interesse führender österreichischer Medien. Als "hart wie Kameldornholz, frommherzig wie ihre Pilgerväter und unbeschreiblich stolz" werden sie beschrieben; Herr K. denke und spreche deutschnational, heißt es hier,²² "deutsche Ordnung" werde allseits geschätzt.²³ Daneben wird in Veranstaltungen des rechtsextremen Spektrums immer wieder über "Die Rolle der Deutschen in der Entwicklung von Südwestafrika/Namibia"²⁴ oder "Südafrika -

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft"²⁵ berichtet, wird in St. Konrad bei Gmunden von Leopold Gföllner, "Bezirksjugendwart des Deutsch-Völkischen Turnbundes und der NPD ... nahestehend", für sogenannte Jugendreisen nach "Südwestafrika" geworben,²⁶ werden in ANR-Flugblättern zum Thema "Solidarität mit Weißafrika" 1977 "Rhodesien, Südwestafrika ... und die Republik Südafrika" als "Bollwerke europäischer Zivilisation in Afrika" bezeichnet.²⁷ Einschlägige Publikationen wie der "Eckartbote" oder "Der Völkerfreund" enthalten immer wieder analoge Berichte, und 1980 suchte die Wiener neofaschistische Zeitschrift "Der Stoßtrupp" per Inserat sogar Söldner gegen die SWAPO.²⁸

Der deutschnationale Blick auf Namibia bleibt freilich nicht nur auf die neofaschistische Subkultur beschränkt. Michael Damböck, führender Mitarbeiter am "Wehrmachtsmuseum Ardagger" in Niederösterreich und häufiger Autor im "Eckartboten", kam mit einer Wiener politikwissenschaftlichen Dissertation gar zu akademischen Ehren,²⁹ ebenso Josef Brandmayer mit einer geographischen Dissertation an der Universität Salzburg; letzterer ist mit Polemiken gegen die namibischen Kirchen³⁰ und als Vortragender im Österreichisch-Südafrikanischen Klub Linz auch propagandistisch hervorgetreten.³¹

Auch der ausgefranste rechte Rand der FPÖ ist nicht frei von ähnlichen Tendenzen. Günther Mayr, in Wallraff'scher Manier Teilnehmer einer deutsch-österreichischen Reise nach Namibia, berichtet von einem "Verständigungsabend" in Swakopmund: "Nun erhebt sich Herr Breitner ...: 'Bevor dieses Treffen auseinandergeht, möchte ich noch kurz die Grüße von Dr. Götz, dem Bürgermeister von Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, überbringen. Herr Dr. Götz ist ein großer Freund Ihres Landes und bangt mit Ihnen um die Zukunft. In Kürze wird er Bundesobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs werden und als solcher seinen Einfluß geltend machen, um Südwest zu helfen'."³² Nach dem Südafrika-Namibia-Besuch von Alexander Götz, zu dem es im April 1978 tatsächlich kam, wußten österreichische Zeitungen allerdings von einem Gesinnungswandel des FP-Chefs zu berichten: nicht als Bure, sondern als Brite sei er zurückgekommen, "... indem er das für Namibia von konsenswilligen Weißen und Vertretern der Farbigen ausgearbeitete Verfassungsmodell auch für Südafrika favorisiert ...".³³ Ganz ohne Realpolitik scheint eben auch Nostalgie nicht auszukommen.

2.2. Die pro-südafrikanische Sichtweise

Stärkere Verbreitung und mehr politisches Gewicht als diese deutschnationale Perspektive nimmt in Österreich die Propagierung des offiziellen südafrikanischen Standpunktes zur Namibia-Frage ein, wobei Querverbindungen zwischen beiden durchaus möglich sind. Pretoria konnte sich auch in diesem Fall - ähnlich wie in den Propagandakriegen um die seinerzeitige rhodesische Rassendiktatur bzw. die gegenwärtig noch bestehende südafrikanische Apartheidpolitik - eines weitverzweigten Netzwerkes von Persönlichkeiten und Institutionen einschlägiger materieller wie ideologischer Interessenlage bedienen. Die Publikationen des Kärntner Sensationsjournalisten Fritz Sitte³⁴ sind dafür ebenso ein Beispiel wie die regelmä-

Bige und 1989 verstärkte Heranziehung des (laut den "Muldergate"-Informationen) vom südafrikanischen Propagandaministerium geförderten Journalisten Karl Breyer zu Südafrika- und Namibia-Berichten durch die "Tiroler Tageszeitung".³⁵ Exemplarisch soll an dieser Stelle die Namibia-Berichterstattung der "Presse" und hievon wiederum die Propagierung der verschiedenen südafrikanischen "Unabhängigkeits"-Modelle für Namibia herausgegriffen werden.

Historisch am weitesten zurückliegend ging es dabei um die Legitimierung der im Odendaal-Plan von 1964 auf Namibia übertragenen südafrikanischen Homeland-Politik, durch die in letzter Konsequenz die Zerschlagung der territorialen Einheit des Mandatsgebiets und die Schaffung einer Vielzahl "unabhängiger" Staaten auf ethnischer Basis angepeilt wurde; in Südafrika selbst wurde 1976 mit der Entlassung der Transkei in die "Unabhängigkeit" ein erster Schritt in dieselbe Richtung gesetzt. Ideologische Grundlage dafür bildete die Vertiefung und Verabsolutierung von - in agrarisch strukturierten Gesellschaften immer latent oder manifest vorhandenen - regionalistischen oder tribalistischen Konflikten: "In Südwestafrika hat jede Bevölkerungsgruppe vor der anderen Angst."³⁶ Die intendierte politische Lösung für Namibia las sich dann etwa bei Wolfgang Oberleitner folgendermaßen:

"Südwestafrikas Zukunft bleibt ein Fragezeichen, solange der Dialog der Mandatsmacht Südafrika mit den Vereinten Nationen nicht zu einem konkreten Ergebnis geführt hat. Die Differenzen, ... scheinen dem europäischen Betrachter, wenn man das Endziel im Auge hat, unverständlich zu sein. Geht es doch nicht um die Aufrechterhaltung der Suprematie der Weißen, sondern vielmehr darum, ob die alte politische Struktur, wie sie die deutsche Kolonialverwaltung zu Beginn dieses Jahrhunderts geschaffen hat, unter neuem Vorzeichen weiter bestehen soll - so wie in all jenen afrikanischen Staaten, die 1960 aus den Kolonialgebieten gebildet wurden. Auch jetzt wieder sollen nämlich die elf verschiedenen Völker, die in Südwestafrika existieren, nicht gefragt werden, ob sie weiterhin in einem gemeinsamen Staat zusammenleben wollen - wenn es nach dem Willen der UN gehen würde."³⁷

Wenig später begann der internationale Druck auf Südafrika allerdings Wirkung zu zeigen. Pretoria selbst ging vom Konzept der Zerschlagung Namibias in ethnische Separatstaaten ab - die sog. Banthustans blieben als politische Einheiten der ethnisch strukturierten sog. "second tier"-Administration freilich bis heute erhalten³⁸ - und begann zunehmend, politische Strukturen zur Verwirklichung einer "internen", d.h. nicht nach den international vereinbarten Standards ausgerichteten Unabhängigkeitslösung für ein gesamtes Namibia zu etablieren. Die aktuelle Berichterstattung dazu - etwa zur Einberufung einer sog. Verfassungskonferenz in die Turnhalle von Windhoek oder zur Abhaltung der international nicht anerkannten "Wahlen" des Jahres 1978 - trägt diese Wendung kommentarlos mit: Ein "Bundesstaat nach Schweizer Muster" sei "wohl die einzige Chance für eine friedliche Entwicklung", heißt es plötzlich,³⁹ unbemerkt von der Weltöffentlichkeit werde hier "ein gezielter Befreiungsversuch" unternommen,⁴⁰ an allen Ecken und Enden seien "sichtbare Fortschritte" der Selbständigkeit des kommenden Namibia zu bemerken.⁴¹ Ausführliche Interviews in der "Presse" machen den Leser mit den Argumenten des südafrikanischen Generaladministrators Martinus T. Steyn⁴² bzw. südafrikanischer

Militärkommandanten im Norden vertraut.⁴³ Der Prozeß eines südafrikanisch gesteuerten Übergangs in eine scheinbare Unabhängigkeit wird nicht selten mit der gleichzeitigen Installierung der Regierung Smith - Muzorewa im benachbarten "Zimbabwe-Rhodesien" in Zusammenhang gebracht und der eine gar als Vorbild für die andere (oder auch umgekehrt) verstanden.⁴⁴ Die Weltsicht der Südafrika-Experte und -Expertinnen scheint jedenfalls vorerst bestätigt:

"Dieses Umdenken besteht ganz gewiß nicht allein aus dem Verzicht, schwarze Führer anzuhimmeln, wenn sie nur 'fortschrittlich' sind, so den photogenen Julius Nyerere, nicht zuletzt Liebkind frustriert-progressiver Missionare. Es gilt auch Abschied zu nehmen von erstarrten Phrasen. Etwa von der immerwährenden Schuld des Kolonialismus. Oder von der glattzüngigen Auffassung, die Sünden des Weißen würden nun eben, höchst folgerichtig, bestraft. Nein, nicht ideologische Abgründe noch der gemeinsame Kampf gegen diesen weißen Mann trennen Schwarzafrika. Es ist von Stammes-, Regional- und nationalistischen Kämpfen geschüttelt ..."⁴⁵

Wenige Jahre darauf war die illegale "Turnhallenregierung" allerdings zusammengebrochen, der Traum von der internen Lösung - zumindest vorerst - ausgeträumt. "Dirk Mudge und sein trister Abschied sind das Ende einer schönen Illusion", ließ sich selbst Ilse Leitenberger vernehmen.⁴⁶ Gelernt hatte man daraus dennoch nichts, wie die Berichterstattung nach der Installierung einer ebenfalls international nicht anerkannten Interimsregierung 1985 zum Ausdruck bringt: "Pretorias inhaltende Namibia-Politik wird pauschal verurteilt und gar nicht zu begreifen versucht", klagte dieselbe Autorin wiederum in der "Presse", und Windhoek solle sich durch den "Anti-Apartheid-Feldzug" amerikanischer und europäischer Medien ja nicht entmutigen lassen.⁴⁷ In der Tat scheiterte die interne Lösung ein zweites Mal, und 1988 wurde mit zehnjähriger Verspätung der international vereinbarte Übergangsprozeß zur Unabhängigkeit Namibias in Gang gesetzt; ein Prozeß diesmal unter der Ägide jener Vereinten Nationen, deren formale wie inhaltliche Kompetenz gerade die pro-südafrikanisch gesinnten Medien durch beinahe zwei Jahrzehnte zu diskreditieren versucht hatten.⁴⁸

2.3. Die menschen- und völkerrechtlich orientierte Sichtweise

Stellt man diese massiv vorgetragene pro-südafrikanische Medienkampagne - hinter der entsprechende politische und wirtschaftliche Interventionen am Ballhausplatz zu vermuten sind - in Rechnung, so wird der eingangs dargestellte Kompromißcharakter in der Haltung der Bundesregierung zur Namibia-Frage erklärlich. Angesichts eines weitgehend un- oder desinformierten öffentlichen Bewußtseins (und nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des immer wieder beklagten Mangels an außenpolitischem Interesse in der Bevölkerung)⁴⁹ mußte eine im internationalen Gleichklang formulierte außenpolitische Position, die jedenfalls im Prinzip einen Entkolonisierungsprozeß unterstützte und gegen die regionale Hegemonialpolitik der Südafrikaner gerichtet war, einem innenpolitischen Erklärungsbedarf unterliegen. Oder, vielmehr, hätte sie einem solchen unterliegen müssen: offensive

Aufklärungsmaßnahmen von Regierungsseite über die Frage der Unabhängigkeit Namibias und die international zu ihrer Durchsetzung vereinbarten Schritte sind nämlich so gut wie nicht feststellbar.

Die spürbare Tendenz der österreichischen Außenpolitik, kontroverse, auf internationalem Parkett bezogene Positionen möglichst nicht zum Gegenstand innenpolitischer Diskussion werden zu lassen, kommt sicherlich nicht nur hinsichtlich Namibias oder des Südlichen Afrika zum Ausdruck. Die Folgen allerdings waren hier - in Anbetracht des verbreiteten Informationsdefizits und der andererseits vorhandenen massiven Interessen - besonders spürbar. Nicht einmal in den vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport approbierten Unterrichtsmaterialien wird der völkerrechtlichen Bewertung der Namibia-Frage und der offiziellen Haltung der Bundesregierung auch nur im geringsten Rechnung getragen. "Grundsätzlich wird verschwiegen, daß Namibia von Südafrika illegal besetzt ist", so die Zusammenfassung einer kürzlich abgeschlossenen Analyse aller für 1989/90 approbierten Unterrichtsbeihilfe zur Thematik. Mehrfache Erlasse des BMUKS, die sich von der Verwendung pro-südafrikanischer und daher einseitiger Materialien im Unterricht distanzieren, wurden offensichtlich nicht einmal im eigenen Wirkungsbereich zur Geltung gebracht.⁵⁰

Eine an den Grundsätzen des internationalen Rechts - etwa am Selbstbestimmungsrecht aller Völker - orientierte Sichtweise der Namibia-Problematik konnte somit weitgehend nur durch interessierte Einzelpersonen und Institutionen auf journalistischen, wissenschaftlichen, volksbildnerischen und nicht zuletzt kirchlichen Gebieten vorangetrieben werden. Seit Beginn der 70er Jahre bildete beispielsweise die Auseinandersetzung über das Anti-Rassismus-Programm des Weltkirchenrates, und somit zugleich über Grundsätze und Formen (auch österreichischer) kirchlicher Solidarität mit den Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika, einen Schwerpunkt der politischen Diskussion innerhalb der evangelischen Kirchen, in der es neben Südafrika und Rhodesien auch um Namibia und die SWAPO ging.⁵¹ Im katholischen Bereich war der enge Kontakt mit den Bischöfen der Region zur Herausbildung eines Bewußtseins der "Anwaltschaft" für die rechtlosen Mehrheitsbevölkerung im Südlichen Afrika wichtig.⁵²

Auf akademischem Boden soll in diesem Zusammenhang vor allem das Institut für Völkerrecht der Universität Graz erwähnt werden, das eine ausgeprägte Namibia-Tradition in Lehre und Forschung aufweist.⁵³ 1977 wurde weiters die Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich gegründet, in deren Publikations- und Veranstaltungstätigkeit Namibia ein breiter Raum gewidmet ist.⁵⁴ Nicht zuletzt ist in diesem Kontext auch die einzige je in Österreich abgehaltene konkrete Informationsaktivität des UN Council for Namibia, nämlich die Anfang 1988 gemeinsam mit der Anti-Apartheid-Bewegung veranstaltete bundesweite "Namibia-Informationskampagne" zu nennen.⁵⁵ Auch an der Verbreitung und Verbreiterung der an völkerrechtlichen Standards, also an der Durchsetzung der politischen Unabhängigkeit für Namibia aufgrund von Res. 435 orientierten Sichtweise im Bereich der österreichischen Öffentlichkeit kann somit ein Beitrag der "Dritte-Welt-Bewegung" zur politischen Kultur Österreichs festgemacht werden.⁵⁶

3. Bilaterale österreichische Beziehungen zu Namibia

Daß sich die Rechtfertigungsideologien der südafrikanischen Namibia-Politik trotz ihres Abweichens von allgemein akzeptierten Grundsätzen des Menschen- und Völkerrechts und sogar trotz ihres immer wieder zutage tretenden Fehlschlagens in großen Teilen der Öffentlichkeit so hartnäckig halten konnten, darf nicht losgelöst von den dahinterliegenden realen Interessen betrachtet werden. Global sind hier westliche Interessen am Südlichen Afrika insgesamt in Richtung zu stellen; im besonderen geht es vor diesem Hintergrund um die spezifischen Interessen Österreichs an Namibia. Die wenigen darüber verfügbaren Informationen sollen im folgenden zusammengestellt werden.

3.1. Wirtschaft

So ist es zum Beispiel fast nicht möglich, genauere Angaben über Ausmaß und Natur des bilateralen Handels zu machen. Zum einen sind namibischerseits keine nach Ländern geordneten Statistiken erhältlich, zum anderen wird ein großer Teil des Außenhandels infolge der Einbindung des Territoriums in die sogenannte Südafrikanische Zollunion und im besonderen in den südafrikanischen Wirtschaftskreislauf über die Okkupationsmacht abgewickelt.⁵⁷ Vor 1977 wurde das Handelsvolumen in der Außenhandelsstatistik zudem nicht gesondert ausgewiesen, sondern (wie in der BRD bis heute) als Teil des Geschäftsverkehrs mit Südafrika betrachtet. Namibia wird übrigens bis heute von der österreichischen Außenhandelsstelle in Johannesburg mitbetreut.

Die heimische Außenhandelsstatistik gibt folgende Ein- und Ausfuhrwerte für Namibia an (in öS 1000; Gliederung nach SITV-rev.):

1. Importe	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
0 Ernährung	2278		775							31	2097	2315
2 Rohstoffe		1495	2421	3429	1875	2695	866	121	431	377	101	467
6 Bearb. Waren	37	30363	95108	102891	151472	105273	165345	199760	295800	137001	154351	119069
7 Masch/FZ			7						153		221	226
8 Sonst. Fert.	3	28	74	105	136	41	100	104	121	79	513	429
9 Waren ANG		24	166	90	58	154						
Gesamt	4389	31910	98551	106515	153541	108163	166311	199985	296505	137488	157283	122506
2. Exporte	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
0 Ernährung				471	704	93	20	493	229	114	151	214
1 Getränke							138	407	16	11	129	122
2 Rohstoffe					10							
5 Chem. Erz.				31	91	30	23	63	59			5
6 Bearb. Waren	3032	4369	3368	2493	14904	8439	20337	11267	7807	8247	1531	3881
7 Masch/FZ	428	684	432	3089	3177	1470	2703	1268	2669	146	2032	1219
8 Sonst. Fert.	82	37	132	608	1172	1086	2141	2864	1414	428	591	155
9 Waren ANG		5	15	17	4	2	6	12			7	
Gesamt	3542	5095	3947	6709	20062	11136	25368	16374	12194	8946	4441	5596

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Außenhandelsstatistik, Serie 2

„Die österreichischen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Südwestafrika sind traditionell gut, wenngleich im gesamten unbedeutend“, kommentierte 1983 die in Wien erscheinende 'Internationale Wirtschaft'. „Begünstigt werden die Beziehungen durch die Möglichkeit des Exporteurs, mit seinem Partner in der Regel in deutscher Sprache korrespondieren zu können. Aufgrund der Kleinheit des Marktes sind natürlich bei Konsumgütern nur relativ bescheidene Mengen absatzfähig. Verkauft werden österreichische Getränke, Nahrungsmittel, Textilien, Werkzeug, Kleinmaschinen, Fahrzeugsatzteile, Beleuchtung usw.“⁵⁸ Mehr als fünf Jahre später, im August 1988, wurde dieser Text in derselben Zeitschrift fast gleichlautend wiederholt - auch ein Indiz für die zumindest exportseitig geringe Dynamik des bilateralen Handels.⁵⁹

Geschäftsbeziehungen einzelner Firmen nach Namibia sind nur fallweise konkret nachweisbar. In alphabetischer Reihenfolge können hier angeführt werden:⁶⁰

- der Spritzgießmaschinenhersteller Engel KG in Schwertberg, der über eine südafrikanische Tochterfirma verfügt und von hier aus den gesamten Raum des Südlischen Afrika, inklusive Namibia, beliefert(e);⁶¹
- die Wiener Firma Johann Laska u. Söhne Ges.m.b.H., Erzeugerin von verschiedenen Fleischereimaschinen sowie Ladenbau- und Schlachthauseinrichtungen, die von einem Kapstädter Unternehmen exklusiv „in der Republik Südafrika, Südwestafrika, Mocambique und Simbabwe“ vertreten wird;⁶²
- die Weinkellerei Lenz Moser, die Weinexporte sowohl nach Südafrika, als auch nach Namibia tätigen konnte;⁶³
- die oberösterreichische Firma Konrad Rosenbauer KG: 1986 meldet die Windhoek Allgemeine Zeitung die feierliche Übergabe eines hochentwickelten Feuerlöschfahrzeuges der Marke „MAN-Rosenbauer“ an den Transportminister der Interims-Regierung, David Bezuidenhout; das Spezialfahrzeug, das sich durch hohe Geschwindigkeit und Einsatzfähigkeit auch im Gelände auszeichnet, war für den Flughafen Eros bestimmt;⁶⁴
- und schließlich der rechtskonservative Leopold Stocker Verlag in Graz, der im Rahmen eines Buchprogrammes für die deutschsprachige Bevölkerung in Südafrika und Namibia mehrere Buchhandlungen in Windhoek und Swakopmund beliefert.⁶⁵

Österreich steht allerdings nicht allein bei der Ausfuhr von Waren, sondern auch bei jener von Know-How und Dienstleistungen mit Namibia in Verbindung. Diese ist in der Handelsstatistik definitionsgemäß nicht ausgewiesen, daher auch fast nicht konkret zu erfassen. Zwei Beispiele:

- Im Bereich technischer Planung und Consulting war Gerd Kleber, ein österreichischer Ingenieur für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft mit - laut Eigenaussage - mehr als 15jähriger Erfahrung im südlichen Afrika, als Projektingenieur u.a. bei Flugplatz- und Stadtautobahnprojekten in Windhoek beteiligt; 1986 berichtete er von seinem Plan, in Windhoek ein eigenes Büro zu eröffnen und von dort aus österreichische Firmen an Ort und Stelle bei der Projektacquisition und bei Verhandlungen mit Behörden zu unterstützen;⁶⁶
- und im Rahmen landwirtschaftlicher Kooperationen sind hier die guten Beziehungen der Salzburger Tierzüchter zu Namibia zu erwähnen. Schon 1902 soll in

„Südwestafrika“ mit der Zucht von Pinzgauer Rasseindern begonnen worden sein, und die Beziehungen zum Heimatland auf verschiedensten Ebenen sind seither nicht mehr abgerissen. 1982 wurde - mit starker Beteiligung von namibischen Farmern - der 5. Weltkongreß der Pinzgauer Züchter in Salzburg abgehalten.⁶⁷

Weitaus größer als im Bereich der Ausfuhren ist allerdings - und dies wird von der exportorientierten Interpretation der Bundeswirtschaftskammer ausgeblendet - die Bedeutung Namibias für die österreichischen Importe. Wenngleich fluktuierend, ist seit 1977 die Größenordnung der heimischen Einfuhren aus Namibia vor allem im Rohstoffsektor ständig gestiegen (1985 auf den bisherigen Spitzenwert von fast 300 Mio. öS). Seit 1981 ist Namibia hinter Südafrika und Zimbabwe kontinuierlich Österreichs drittgrößter Importpartner in der Region geblieben (zumindest wenn man die theoretische Möglichkeit ausschließt, daß es sich hierbei um getarnte südafrikanische Exporte nach Österreich handeln könnte)! Im selben Zeitraum betrugen die Einfuhren aus Namibia zwischen 25 % (1982) und 74 % (1985) derjenigen aus dem gesamten SADCC-Raum. Vor allem handelt es sich dabei um Importe von Kupfer.⁶⁸

Gerade dieser Umstand erscheint völkerrechtlich nicht unproblematisch. Zur Sicherung des Rohstoffreichtums Namibias gegen die ungehemmte Ausplünderung des Landes durch die südafrikanische Besatzungsmacht und von ihr geförderte multinationale Konzerne hatte nämlich 1974 der UN-Council for Namibia als die nach internationalem Recht für Namibia kompetente Behörde das sog. „Dekret Nr. 1“ erlassen, das u.a. ein bindendes Verbot namibischer Rohstoffexporte ohne Genehmigung der Vereinten Nationen beinhaltet und das zumindest insofern bindenden Charakter besitzt, als es den bereits erwähnten Entscheid des Internationalen Gerichtshofs von 1971 in einem Bereich konkret ausformuliert.⁶⁹

Die 1986 von der Anti-Apartheid-Bewegung aufgeworfene Frage, „ob seitens Österreichs eine derartige internationale Genehmigung seiner Kupferimporte aus dem illegal besetzten Territorium eingeholt worden sei oder ob in Österreich gestohlenes Gut verarbeitet würde und die betreffenden Firmen somit durch ein freies Namibia vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt werden und zu Schadenersatz für eine künftige namibische Regierung verpflichtet werden könnten“,⁷⁰ erwies sich freilich alsbald als rhetorisch. Wie seitens des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt wurde, gäbe es für die österreichischen Rohstoffimporte aus Namibia keine UN-Bewilligung, noch seien (mangels eines Sanktionsgesetzes) geeignete Rechtsinstrumente zur binnenstaatlichen Umsetzung von Dekret Nr. 1 vorhanden, wenn in Österreich dieser Hoheitsakt des UN-Councils als bindend anerkannt werden würde; das namibische Kupfer gelange zudem nur indirekt - über die Londoner Metallbörse - nach Österreich.⁷¹

3.2. Tourismus

Tourismus ist natürlich auch für die propagandistische Selbstdarstellung der südafrikanischen Besatzungsverwaltung wichtig; wie im Fall von Fahrten nach Südafri-

ka sind nicht wenige angeblich "unpolitische" Reisende als inoffizielle Botschafter des Apartheidstaates zurückgekehrt,⁷² und für das Selbstbewußtsein vor allem der "deutschen" Südwestler mag jede Durchbrechung der internationalen Isolation wichtig sein.⁷³ Vor diesem Hintergrund darf aber auch die wirtschaftliche Bedeutung dieser zunehmenden Verflechtung auf dem Tourismussektor nicht übersehen werden. Tourismus im allgemeinen sowie in bestimmten Ausprägungen (z.B. Jagdtourismus) ist für die namibische Wirtschaft als Devisenbringer wichtig und besitzt insofern eine fast unersetzliche Stabilisierungsfunktion für die südafrikanische Kolonial- bzw. die von ihr eingesetzte Interimsverwaltung.⁷⁴

Statt den ebenfalls vom Sicherheitsrat in Res. 301 (1971) verhängten Tourismusboykott ernst zu nehmen, ist die österreichische Reiselust in die südafrikanisch beherrschte Zone des Südlichen Afrika eher noch gestiegen. In österreichischen Tageszeitungen wurde jedenfalls fleißig für Reisen nach Namibia geworben,⁷⁵ zahlreiche Reiseveranstalter boten kombinierte Reisen nach Südafrika und Namibia an;⁷⁶ das südafrikanische Tourismusbüro SATOUR veranstaltete in Zusammenarbeit mit den South African Airways Studienreisen für österreichische Reisebürorepräsentanten.⁷⁷ In Wiener Volkshochschulen, vor allem in der VHS Brigittenau, werden immer wieder Werbevorträge für Südafrika- und Namibia-Reisen abgehalten, und welche Wirkung regelmäßig ausgestrahlte TV-Filme über "Die (letzten) großen Wüsten"⁷⁸ oder "Die roten Elefanten"⁷⁹ auf die Tourismus-Promotion Namibias ausüben, sei dahingestellt.

Auch wenn genauere Zahlen fehlen - Effekte dieser konzentrierten Werbekampagne werden wohl nicht ausgeblieben sein. 1988 besuchten u.a. 210 österreichische (Großwild-)Jäger das Territorium.⁸⁰ Und eine heimische Großinvestition in Namibia ist offenbar auch in touristischem Kontext zu sehen: der Ankauf des Farmgeländes von Klein Okapuka nördlich von Windhoek durch den Kapruner Ingenieur Fritz Flachberger und sein Ausbau zu "what is becoming the most luxurious, privately owned game reserve in the country".⁸¹

3.3. Kultur und Wissenschaft

Neben der Propagierung der völkerrechtswidrigen Namibia-Politik Südafrikas und ihrer wirtschaftlichen Unterstützung spielt gelegentlich auch die kulturelle Legitimierung eine wichtige und angesichts des österreichischen Weltrufs als kulturelle Großmacht nicht zu unterschätzende Rolle. Ebenso wie im Fall Südafrikas ist den künstlerischen und wissenschaftlichen Beziehungen österreichischer Institutionen zu Namibia die Funktion zuzuschreiben, Normalität vorzutäuschen und die Menschenrechtsgräuere der südafrikanischen Besatzungsarmee sowie die hartnäckige Obstruktionspolitik Pretorias gegen die Umsetzung von 435 mit einem "L'art pour l'art"-Mäntelchen zu verbrämen. Mit dieser erwünschten propagandistischen Wirkung ist zugleich die Zuerkennung von Akzeptanz für die isolierten "Südwestler" verbunden.

Namibische Presseberichte lassen jedenfalls das von weißen Namibiern empfundene Sensationelle mehrerer Gastspiele der Wiener Sängerknaben in Windhoek

(1981 und 1985) erahnen;⁸² 1987 folgt ein Konzert der Wiener Cellistin Heidi Litschauer;⁸³ ein Wiener Buchhändler stellt einer Windhoeker Schule österreichische Schulbücher im Wert von öS 50.000,- zur Verfügung;⁸⁴ der Maler Johann Weyringer absolviert eine "Studienreise", deren Ergebnisse - "Pastelle aus Südwestafrika" - 1989 in der Salzburger Galerie Welz zu sehen sind.⁸⁵

Erwähnenswert ist auch die Präsenz namibischer Kulturinstitutionen in Österreich - für sie besitzt die Akzeptanz durch europäisches Publikum offensichtlich eine große Bedeutung. Abgesehen von immer wieder feststellbaren Versuchen, auf dem Weg der Beteiligung der Kolonie "Südwestafrika/Namibia" bei internationalen Briefmarkenausstellungen völkerrechtlichen Status vorzutäuschen - was von den Juroren der Wiener Internationalen Postausstellung 1983 auch akzeptiert und sogar mit einem ersten Preis honoriert wurde⁸⁶ -, wird hier vor allem der Konzerttourismus als Instrument herangezogen. Um die Jahreswende 1983/84 kam zunächst ein Auftritt des wegen rassistischer Attitüden umstrittenen Conservatoire South Orchestra von Windhoek zustande.⁸⁷ Ein Jahr darauf, 1984, befand sich erstmals die Chorvereinigung "Cantate Audire" in Österreich;⁸⁸ ihr zweiter Besuch 1986 löste eine öffentliche Kontroverse aus.

Mit substantieller Finanzunterstützung der Interimsregierung und von den meisten namibischen Medien enthusiastisch gefeiert waren die "singing ambassadors" von "Cantate Audire" Ende Juni 1986 auf Europatournee geschickt worden.⁸⁹ Nach mehreren Konzerten in der BRD waren zwischen 3. und 6. Juli 1986 Teilnahmen an dem von der Stadtgemeinde Spittal veranstalteten Internationalen Musikfestival in Schloß Porcia, Spittal/Drau und danach vom 6. bis 12. Juli am XVII. Weltkongreß der Internationalen Gesellschaft für Musikerziehung (ISME) in Innsbruck vorgesehen.

Heftige - wenngleich vergebliche - Proteste der Anti-Apartheid-Bewegung bei den zuständigen Behörden und in der Öffentlichkeit thematisierten erstmals in Österreich die Problematik des Kulturboykotts gegen "Südwestafrika". Zum einen ging es dabei um die überhaupt - und gerade zur Zeit der in Wien tagenden UNO-Namibia-Konferenz besonders - deplacierte Auftrittsmöglichkeit für die "singing ambassadors". Zum zweiten stellte sich die Frage der Zulässigkeit der Erteilung von Einreisevisa angesichts der von der Bundesregierung 1985 getroffenen Sanktionsmaßnahmen gegen Südafrika, die auch Einschränkungen im Bereich der kulturellen und sportlichen Kontakte enthielten und die im Prinzip auch für Namibia galten. Und drittens wurde seitens der Anti-Apartheid-Bewegung hervorgehoben, daß es sich bei einem der schwarzen Mitglieder des Chores um einen Angehörigen der südwestafrikanischen Polizei (SWAPOL) handelte und mit der Einladung somit auch die zumindest prinzipielle Gewährung einer Anerkennung für die im südafrikanischen Auftrag handelnde Repressionsmaschinerie in Namibia verbunden sei.⁹⁰

Da infolge zeitlicher Verzögerungen die Behörden nicht mehr amtshandeln konnten - die Einreise des Chores hatte bereits stattgefunden -, fand die Kontroverse eine typisch österreichische "Lösung". Südafrikanischerseits wurde die Großzügigkeit wie üblich allerdings nicht honoriert: Im darauffolgenden November wurde dem bereits erwähnten namibischen Dichter und Vizebischof der evangelisch-lutherischen Kirche Namibias, Zephanja Kameeta, die Ausreise nach Österreich verweigert.⁹¹

Angesichts der Tatsache, daß Namibia bis heute noch keine eigene Universität besitzt, scheinen die Kontakte österreichischer Wissenschaftler nach Namibia ziemlich ausgeprägt zu sein; abgesehen von südafrikanischerseits groß herausgestellten sogenannten "Studienreisen" sind dabei wohl auch sehr konkrete Projekte wirtschaftlicher Natur zu vermuten, so bei der Besuchstour des Leobener Montanisten Günter Fettweis durch sämtliche Diamantenminen Namibias.⁹² Weiters wären - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - zu erwähnen: die "Bildungsfahrt" der Internationalen Sportwissenschaftlichen Gesellschaft der Karl-Franzens-Universität Graz (Leitung von Prof. Dr. Josef Recla), 1982;⁹³ die Besuche des Klagenfurter Professors van Trotsenburg in Namibia während seiner Gastprofessur in Pretoria;⁹⁴ die ethnologischen Studien des Wiener Anthropologen Armand Duchâteau, 1985;⁹⁵ die Reise des Wiener Völkerrechtsprofessors (!) Univ.-Prof. Dr. Peter Fischer im Anschluß an eine Instituts-Studienreise nach Südafrika;⁹⁶ schließlich Studienreisen und Forschungsprojekte österreichischer Geographen seit 1987.⁹⁷

4. Politische Kooperation mit der südafrikanischen Besatzungsverwaltung

Das Versäumnis der österreichischen Bundesregierung, die heimische Öffentlichkeit über die völkerrechtlich korrekte Sichtweise der Namibia-Frage ausreichend zu informieren und dadurch um Unterstützung für die eigene Haltung zu werben, räumte pro-südafrikanischen Kräften weiteren Spielraum ein, um nicht nur ihre ökonomischen und kulturellen Kontakte zu den illegalen namibischen Instanzen zu verstärken, sondern entgegen der außenpolitischen Haltung Österreichs auch politische Kooperationen mit der südafrikanischen Besatzungsverwaltung anzubahnen. Unterstützung für die sog. interne Lösung zu organisieren. Derlei Bestrebungen konnten naturgemäß auch seitens der südafrikanischen Botschaft mit nicht unbeträchtlicher Unterstützung rechnen.

Bereits 1977 war es durch die Initiative des Ersten Sekretärs für Handel an der südafrikanischen Botschaft in Wien, Wolf, zur Formierung eines vor allem von Frauen getragenen Vereins "Flüchtlingshilfe für Ovamboland" gekommen. Dieser hatte sich die Aufgabe gestellt, Projekte des - international aufgrund seiner Einordnung in die illegalen südafrikanischen Verwaltungsstrukturen Namibias nicht anerkannten - Südwestafrikanischen Roten Kreuzes in Ovamboland und Kavango materiell zu unterstützen sowie "Aufklärungsaktivitäten" über die wirkliche Situation Namibias in Österreich zu setzen; als führende Mitglieder des Vereins wurden damals "members of the Austrian aristocracy, but above all they are a group of highly educated women who are extremely active in the affairs of their country" angegeben, so u.a. "Gräfin" Irene Montjoyer vom Institut für Europäische Studien, die Ökonomin Ingrid Fleischmann, die Philosophiestudentin Marlene Streeruwitz, die Architektin Gabriele Langschwert und die Biologin Gertraud Repp.⁹⁸ 1977 konnten, angeblich als erste Hilfslieferung "from an overseas country", zwölf Tonnen Hilfsgüter sowie Medikamente und Bargeld im Wert von über 50.000 Rand nach Kavango geliefert werden.⁹⁹ Nach einer Reihe von Aktivitäten - u.a. wurden vom Bund Steirischer Landjugend (der ÖVP) 50.000 öS für den Verein gesammelt¹⁰⁰ -

genehmigte der von der Bundesregierung anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Staatsvertrages 1980 eingerichtete österreichischen Solidaritätsfonds für die Kinder der Dritten Welt 1.485.000 öS für das Vereinsprojekt.¹⁰¹

Sowohl seitens der innerösterreichischen wie der internationalen Öffentlichkeit wurde diese Entscheidung gleichwohl mit Kritik aufgenommen.¹⁰² Völkerrechtlich problematische Aspekte der Aktion wurden zum einen darin gesehen, daß die Hilfslieferungen ausschließlich über (pro-)südafrikanische Kanäle abgewickelt wurden: der Transport erfolgte gratis seitens der South African Airways,¹⁰³ die Verteilung in Namibia lief über das international nicht anerkannte Südwestafrikanische Rote Kreuz, wobei auch die organisatorischen Strukturen der südafrikanischen Besatzungsarmee herangezogen worden sein sollen;¹⁰⁴ in südafrikanischen Propagandaorganen wurde dem vom Verein vertretenen Anliegen der Flüchtlingsunterstützung im Norden Namibias breiter Raum gewidmet,¹⁰⁵ und auch in Informationsaktivitäten des Vereins selbst wurde offen der südafrikanische Standpunkt hinsichtlich des Problems des Südlichen Afrika vertreten.¹⁰⁶ Gegenüber den gerade in Namibia sehr ausgeprägten Strukturen der kirchlichen Caritasverwaltung ging "Flüchtlingshilfe für Ovamboland" hingegen auf deutliche Distanz.¹⁰⁷

"Kein demokratischer Staat der Welt", schrieben Kritiker, "hätte vor 40 Jahren Hilfsaktionen für Kinder in Deutschland in Zusammenarbeit mit Nazi-Organisationen durchgeführt",¹⁰⁸ und ebenso protestierten die namibische Befreiungsbewegung SWAPO¹⁰⁹ sowie der African National Congress von Südafrika¹¹⁰ gegen die Förderung des Vereins und die damit gegebene indirekte Anerkennung von Strukturen der südafrikanischen Besatzungsadministration in Namibia.¹¹¹

Zum anderen gab die Konzentration der Hilfsmittel von "Flüchtlingshilfe für Ovamboland" auf Flüchtlinge aus Angola, die sich in Nordnamibia befanden und "international nicht zur Kenntnis genommen würden", zu denken; während weltweit in dieser Zeit vor allem auf die Lage der namibischen Flüchtlinge in Angola aufmerksam gemacht und für sie Hilfe organisiert wurde, unterstützte der genannte Verein Ansiedlungsprojekte angolischer Flüchtlinge in drei namibischen Dörfern, in der weiteren Umgebung von Rundu gelegen. Nach einer Welle innerösterreichischer Kritik wurde vom renommierten Magazin "Africa Now" Ende 1981 eine Äußerung Frau Fleischmanns wiedergegeben, wonach vom Verein in Namibia unterstützte Flüchtlinge der angolischen Terrorbewegung UNITA angehört hätten;¹¹² wenig später bekanntgewordene Äußerungen namibischer Kirchen- sowie angolischer Regierungskreise sprachen darüber hinaus vom Problem massiver Evakuierungsmaßnahmen der südafrikanischen Armee im Zuge ihrer militärischen Protea-Invasion 1980/81 in Südafrika und zwangsweiser Ansiedlungen in Nordnamibia.¹¹³ "It is not clear", formulierte eine namibische Zeitung 1982, "whether all the refugees are in Namibia voluntarily, or whether some have been forced into Owambo by SA troops intent on creating a 250 km buffer zone with Southern Angola".¹¹⁴ Humanitär getamte Unterstützung aus Österreich also für südafrikanische Militärprojekte im namibischen Kriegsgebiet?

Die massive öffentliche Kritik hatte zunächst die Aussetzung der Auszahlung der vom Fonds bereits bewilligten Gelder zur Folge; auch vom Entwicklungspolitischen Referat der steirischen Landesregierung wurde die Förderung des Vereins abge-

lehnt. Erst die Veränderung des eingerichteten Projektes - als Projektträger schien nunmehr die österreichische Caritas auf, und anstelle der drei angeblichen UNITA-Wehrdörfer in Kavango sollten nun Kinderausspeisungen in Kaokoveld gefördert werden - machte die bewilligten 1,5 Millionen Schilling wieder flüssig;¹¹⁵ kritische Bemerkungen von Redakteuren der "Entwicklungspolitischen Nachrichten" zur Projektvergabe des Solidaritätsfonds und zur Person seiner damaligen Geschäftsführerin Arlette Leupold-Löwenthal führten im Anschluß daran zu Presseprozessen, die mit Vergleichen endeten.¹¹⁶

Abgesehen von den öffentlich behaupteten militärischen Implikationen des Projekts lag die Zielrichtung des Vereins "Flüchtlingshilfe für Ovamboland" jedoch zweifelsohne in der Steigerung der politischen Akzeptanz der Turnhallen-Regierung sowie in der Kanalisierung privater und öffentlicher Entwicklungshilfe ins illegal besetzte Namibia; gerade letzterer Aspekt stand im Mittelpunkt einer in den 80er Jahren gezielt vorgetriebenen südafrikanischen Propagandakampagne.¹¹⁷ Vor diesem Hintergrund ist wohl die Kooperation des Vereins mit der Caritas (s.o.) und mit dem Österreichischen Roten Kreuz zu sehen, das ab 1986 Schulausspeisungen in Katutura unterstützte.¹¹⁸ parallel dazu wurden vom Verein "hydrogeologische" Untersuchungen eines Mitarbeiters der Geologischen Bundesanstalt in Wien, Julian Pistotnik, in Nordnamibia organisiert.¹¹⁹ Und dabei handelte es sich noch nicht um die einzigen Versuche, in die staatliche Außen- (und demgemäß Entwicklungshilfe-) Politik eine Bresche zu schlagen.

Ebenso quasi als Vorgriff auf offizielle österreichische Entwicklungshilfeprojekte startete 1983 der - bekannt südafrikafreundliche und mit dem Chefredakteur der Windhoeker Allgemeinen Zeitung eng bekannte - Chefredakteur Peter Klar vom Linzer Neuen Volksblatt eine Spendenaktion für dürrebeschädigte Missionsstationen in Namibia; binnen weniger Wochen konnten unter dem Ehrenschutz des oberösterreichischen Landeshauptmanns Ratzenböck 58.000 öS gesammelt werden.¹²⁰ Zu einem ähnlichen Projekt rief 1988 der langjährige Präsident des österreichischen Bauordens, Franz-Josef Federsel, auf.¹²¹

Neben derartigen Verstößen auf entwicklungspolitische Ebene wurden - wohl auch als Konsequenz aus den entstandenen Kontroversen - ab Mitte der 80er Jahre verstärkte Bemühungen um politische Unterstützung der südafrikanischen Strategie in Namibia unternommen. 1986 wurde der Innsbrucker Honorarprofessor Theodor Veiter, ein international renommierter Minderheitenrechtsexperte und Präsident des wissenschaftlichen Beirats des Internationalen Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus in München, vom früheren Präsidenten des südafrikanischen Obersten Gerichtshofes, Hiemstra, sowie dem Vorsitzenden des "Parlaments" der Turnhallen-Regierung, Dirk Mudge, in ein beratendes Gremium zur Vorbereitung einer "Verfassung" für Südwestafrika/Namibia berufen;¹²² im Februar 1986 war er auch an der Konferenz der Afrikaanse Sakekamer über die wirtschaftliche Zukunft Südwestafrikas beteiligt.¹²³ Während Veiter sein Namibia-Engagement im Rahmen des später als Hiemstra-Entwurf bekanntgewordenen Textes bis heute verteidigt ("Die UNO hat sich allerdings voll auf die Seite der angolanischen Kommunisten geschlagen"),¹²⁴ hat das von ihm mitgestaltete Werk nie auch nur die Spur internationaler Anerkennung gefunden und wird angesichts des SWAPO-

Wahlsieges wohl auch nie die Zukunft Namibias bestimmen. Mit Recht, wie akademische Kollegen Herrn Veiters meinten: "Denn zum besonderen Freiheitsverständnis der Kollegen Professoren gehörte wohl auch, möglichst dafür zu sorgen, daß sich mit und trotz der Verfassung nicht allzuviel am Status quo änderte."¹²⁵

Ein Jahr darauf hatten sich bestimmte Fraktionen der ÖVP gleichwohl auf die Unterstützung der Interimsregierung festgelegt. Im Juni 1987 organisierte eine im Umkreis der Politischen Akademie angesiedelte "Initiative Pro Namibia" (repräsentiert von Dkfm. Ingrid Fleischmann und der Wiener Landtagsabgeordneten Dr. Sigrun Schlick) eine "Studienreise für Jungpolitiker aus Namibia", in deren Rahmen 13 Vertreter/innen der an der Interimsregierung beteiligten Parteien DTA und SWANU Gespräche mit österreichischen Politikern und Vertretern der Sozialpartner führten, Medientrainings absolvierten und der Stadt Villach - die sich ja bereits 1986 durch die Einladung von "Cantate Audire" für das besetzte Namibia stark gemacht hatte - einen Besuch (mit offiziellem Empfang des Bürgermeisters) abstatteten: "Bei den jungen Politiker(innen) handelt es sich um eine Gruppierung, die die Souveränität ihres Landes auf dem Boden einer demokratischen Verfassung so schnell als möglich verwirklichen will", wurde im "Mitteilungsblatt der Stadt Villach" darüber berichtet.¹²⁶ Eine Art von Gegenbesuch, an dem 26 Personen aus Österreich - darunter der Pressesprecher des Villacher Bürgermeisters - teilnahmen und der von der DTA organisiert wurde, fand unter Leitung von Ingrid Fleischmann im Sommer 1988 statt.¹²⁷

Ab Herbst 1987 hatte der damalige FCG-Zentralsekretär der Privatangestellten-gewerkschaft, Hans Klingler, Möglichkeiten der Unterstützung eines gewerkschaftlichen Projekts innerhalb Namibias zu erkunden begonnen. Klinglers Initiative erfolgte, wie von FCG-Seite seither mehrfach bestätigt, ebenso im Nachhang zum Österreich-Besuch der namibischen Jungpolitiker des Jahres 1987: "Die FCG folgt damit einem Ersuchen namibischer Arbeitnehmervertreter, die sich im Vorjahr in Österreich über unser Gewerkschafts- und Sozialpartnersystem informiert haben."¹²⁸ Offenbar handelte es sich dabei um Pläne zur Unterstützung von im Umkreis der Interimsregierung unternommenen Bestrebungen, parallel zu der neugegründeten und der SWAPO nahestehenden National Union of Namibian Workers (NUNW) konkurrierende Arbeiterorganisationen ins Leben zu rufen; dadurch sollte die sich nach einer Phase der Repression ihrer Macht neuerlich bewußtwerdende Arbeiterschaft offenbar gespalten werden - ein Vorgehen, das in Namibia durchaus nicht traditionslos ist.¹²⁹ Die Unterstützung der FCG für die Gründung des gewerkschaftlichen Konkurrenzverbandes wurde jedenfalls auch "von einem Mitglied der Übergangsregierung Namibias anlässlich einer kürzlichen Zusammenkunft mit der FCG-Führung in Wien ausdrücklich begrüßt".¹³⁰

Anfang 1989 wurde im Verlauf eines Namibia-Aufenthaltes des prominenten Christgewerkschafters Franz Hnatisko, Mitglied des Zentralausschusses der Post- und Telegraphenbediensteten und ebenso Mitglied des ÖGB-Präsidiums, in Windhoek ein Schulungsseminar für Gewerkschafter abgehalten und am 2. Februar 1989 aus sieben Teilverbänden (und einer in Gründung befindlichen Gewerkschaft) die "Namibian Christian Social Trade Union (NCSTU)" gegründet.¹³¹ Seitens der FCG wurde dabei laut Aussagen der Beteiligten nur beratende, nicht aber finanzielle

Unterstützung gegeben; jedoch wurde die Aufnahme der NCSTU in den christlichen "Weltverband der Arbeit" (und somit ihre Akzeptanz durch die internationale Gewerkschaftsbewegung) angekündigt. Als Endziel der FCG-Initiative wurde die Schaffung eines einheitlichen, überparteilichen namibischen Gewerkschaftsbundes (nach österreichischem Vorbild) formuliert, in welchem NUNW nur eine von mehreren Gewerkschaftsfractionen darstellen sollte.¹³² Vertreter der neugegründeten NCSTU befanden sich Ende Mai 1989 zu Gesprächen mit FCG-Funktionären (aber auch mit dem internationalen Sekretär des ÖGB, Karl-Heinz Nachtebel) in Wien.¹³³

Die vorderhand höchste politische Anerkennung von österreichischer Seite jedoch wurde der Interimsregierung und damit der südafrikanischen Besatzungsstrategie in Namibia durch den Besuch einer Gruppe von ÖVP-Abgeordneten im September 1987 unter Führung von Klubobmann Fritz König zuteil. Die Reisegruppe, der u.a. auch die "Presse"-Journalistin Hilde Saltz beigezogen worden war, traf im Verlauf ihrer äußerst umstrittenen Südafrika-Reise in Namibia mit den Interimsministern Katjiuongua (SWANU-Intern), Shipanga (SWAPO-D), Kozonguizi (DTA) und De Wet (NP) zusammen.¹³⁴ Kurze Zeit später fanden sich zwei Interimsminister zu einem Gegenbesuch bei König in Wien ein.¹³⁵ Damit waren die Fundamente für das offene Engagement von Teilen der ÖVP im namibischen Wahlkampf 1989 auf Seiten der DTA gelegt.

5. Österreich und die SWAPO

Die breite internationale Anerkennung der SWAPO und ihre weitgehende Einbeziehung in die Verhandlungen zur Ermöglichung des Übergangs des Mandatsgebiets in die Unabhängigkeit brachten auch für das offizielle Österreich die Notwendigkeit der Fühlungnahme mit der namibischen Befreiungsbewegung mit sich. Dies geschah sowohl auf der Ebene der Vereinten Nationen als auch innerhalb Namibias selbst. Auf der einen Seite intensivierten sich etwa Kontakte des damaligen österreichischen UNO-Botschafters Peter Jankowitsch zu SWAPO-Präsident Sam Nujoma (Jankowitsch erhielt dafür vom bayrischen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß heftige Schelte),¹³⁶ auf der anderen Seite fanden sich auch hochrangige ÖVP-Politiker zu Höflichkeitsbesuchen bei der SWAPO ein, so der damalige Vorsitzende des Bundesrates, Herbert Schambeck, der anlässlich eines Südafrika-Besuches auch einen Abstecher nach Namibia machte und dort zu Gesprächen mit dem südafrikanischen Generaladministrator Steyn und mit dem Führer der Inlandorganisationen der SWAPO, Daniel Tjongarero, zusammentraf.¹³⁷

Eine Präsentation der SWAPO innerhalb Österreichs erfolgte offiziellerseits nicht; die Schmutzkampagne der südafrikanischen Propaganda, die sich - in Zeitungsartikeln, vor allem aber in Leserbriefen - kübelweise gegen die SWAPO entleerte, hätte wohl einiges an innenpolitischer Standfestigkeit erfordert. Es blieb somit der Solidaritätsbewegung vorbehalten, die von UNO und OAU als einzige und authentische politische Vertreterin der namibischen Bevölkerung anerkannte SWAPO der österreichischen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Soweit den Verfassern bekannt, fand österreichweit die erste diesbezügliche Veranstaltung am 20. Mai

1977 in Wien statt; auf Einladung der Southern African Student Organization in Austria (SASOA) und der CISNU (Konföderation iranischer Studenten-Nationale Union) sprach damals im Audimax der Universität der damalige Leiter des Informationsdienstes der SWAPO, Peter Katjavivi.¹³⁸ Ein Jahr darauf rief die Jugendabteilung der Wiener Privatangestelltengewerkschaft gemeinsam mit Amnesty International zur Unterstützung eines in Namibia eingekerkerten SWAPO-Mitglieds, des Gewerkschafters Axel Johannes, auf.¹³⁹

Auch die ersten bilateralen Kontakte zwischen SWAPO und Bundesregierung wurden auf NGO-Ebene vorbereitet. Organisiert von der Anti-Apartheid-Bewegung kam im Juni 1981 der erste Österreich-Besuch eines regionalen SWAPO-Repräsentanten, nämlich von Timothy Hadino Hishongwa, damals Chief Representative für Skandinavien, die BRD und Österreich (heute Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung Namibias) zustande. Im Vordergrund von Hishongwas Gesprächen mit Vertretern des Kanzleramtes, des Außenministeriums, beider Großparteien¹⁴⁰ sowie des österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Caritas stand damals die (teilweise Erst-)Information über die Situation in Namibia; ansatzweise kamen auch Möglichkeiten österreichischer humanitärer Hilfe für die SWAPO, vor allem von Unterstützungsprogrammen für die Flüchtlingslager in Angola, zur Sprache.¹⁴¹

Im Zuge der Verdichtung des Netzwerks von SWAPO-Büros in Westeuropa Anfang der 80er Jahre, die 1983 zur Errichtung eines für die BRD, Westberlin und Österreich zuständigen Informationsbüros in Bonn führte, verstärkten sich auch die Kontakte zu Österreich. In enger Zusammenarbeit mit der Anti-Apartheid-Bewegung konnte der neue zuständige Chief Representative der SWAPO, Nghidimandjila Shoombe,¹⁴² eine Reihe von Unterstützungsprojekten initiieren; im Vordergrund standen dabei Kooperationen mit den österreichischen Hilfswerken (Volkshilfe und Caritas), mit der damaligen Entwicklungshilfe-Abteilung des Bundeskanzleramtes (späteren Sektion Entwicklungshilfe des Außenministeriums), mit den Steyr-Werken, der steirischen Landesregierung, dem Grazer Institut für Völkerrecht und einer Reihe von entwicklungspolitisch engagierten Organisationen. Ab 1983 wurde beispielsweise von World University Service - Austria mit einem Unterstützungsprojekt für Alphabetisierungsprogramme von Frauen in namibischen Flüchtlingslagern in Angola und Zambia begonnen.¹⁴³ Im Zusammenhang damit stand das im März 1984 von WUS Austria in Graz abgehaltene "Namibia-Seminar", an dem neben einer Reihe anderer prominenter Referenten auch der Secretary for Education im Zentralkomitee der SWAPO, Nahas Angula, teilnahm und in dessen Verlauf erstmals in Österreich eine ausführliche Beschäftigung mit der Bildungspolitik bzw. den Bildungsplänen der SWAPO für ein unabhängiges Namibia erfolgte.¹⁴⁴

Im September 1985 kam der erste Österreich-Besuch von Präsident Sam Nujoma und weiterer führender Funktionäre der Organisation (darunter des 1989 ermordeten prominenten namibischen Rechtsanwalts Anton Lubowski) zustande.¹⁴⁵ Neben dem eigentlichen Anlaß des Besuches - einer Veranstaltung der SPÖ-Wien "Solidarität mit dem Südlichen Afrika" am 20. September (bei der außer Nujoma noch Peter Jankowitsch, Erwin Lanc und Fritz Prechtl sprachen) - standen Gespräche mit Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzendem Sinowatz, Altkanzler Kreisky, ÖVP-Parteibobmann Mock, FPÖ-Klubobmann Peter und dem Leitenden ÖGB-

Sekretär Stroer im Vordergrund; thematisch forderte die SWAPO-Delegation in erster Linie die Verhängung österreichischer Sanktionen gegen Südafrika und eine verstärkte Unterstützung für ihre Bewegung; im Rahmen seiner Pressekonferenz griff Nujoma außerdem scharf die Unterstützung des Südwestafrikanischen Roten Kreuzes durch österreichische Stellen an. Teil des Programmes bildete auch ein ausführliches Zusammentreffen Nujomas mit der Anti-Apartheid-Bewegung; SWAPO-Informationsssekretär Hidipo Hamutenya sprach des weiteren im Rahmen der Abschlußkundgebung der AAB-Demonstration "Sanktionen jetzt" auf dem Ballhausplatz. Einen Monat später befanden sich Shoombe und Lubowski übrigens erneut in Wien - als Gäste bei der Jahrestagung der Sozialistischen Internationale.¹⁴⁶

Im Oktober 1985 kam ein entscheidender Erfolg all dieser Kontakte zustande: durch die Vergabe von 1,5 Millionen Schilling aus dem erwähnten "Solidaritätsfonds der österreichischen Bundesregierung für Kinder der Dritten Welt" an ein SWAPO-Flüchtlingsprojekt. Dieses - wohl als eine Art von Ausgleich zur Förderung des "Ovamboland-Vereins" zu verstehen - wurde gemeinsam von World University Service Austria und der Anti-Apartheid-Bewegung abgewickelt und war für den Ankauf geländegängiger Transportfahrzeuge sowie von Milchkühen für die Nama-yani-Farm der SWAPO nördlich von Lusaka/Zambia, bestimmt.¹⁴⁷

In der Folge begannen auch weiter heimische Unterstützungsprojekte für die SWAPO zu laufen. Im Februar d.J. startete die österreichische Anti-Apartheid-Bewegung eine Kampagne "Arbeitsmittel für Cuanza Sul", in deren Verlauf Geld- und Sachspenden für das Flüchtlingslager Cuanza Sul in Angola¹⁴⁸ aufgebracht werden sollten; den Auftakt zur Aktion bildete eine Vortragstournee von Chief Representative Shoombe durch mehrere österreichische Städte.¹⁴⁹ Seitens der steirischen Landesregierung wurden Stipendien zunächst an drei junge Namibier zum Studium in Graz vergeben, 1988 kam es auch zur Weiterbildung von drei namibischen Forststudenten in Bruck/Mur.¹⁵⁰

Auch der vehemente Protest der Bundesregierung gegen die Verhaftungswelle oppositioneller namibischer Politiker und Gewerkschafter im September 1987 ist als eine der wenigen konkreten Schritte Österreichs zur Unterstützung der SWAPO auf der Ebene der bilateralen Beziehungen zu Südafrika zu erwähnen. Auf Weisung von Außenminister Mock wurde der südafrikanische Botschafter ins Außenministerium zitiert und ihm die Bestürzung der Bundesregierung über die Vollstreckung von Todesurteilen in Südafrika und zugleich "über die Verhaftung führender Vertreter der SWAPO ... zur Kenntnis gebracht"; weiters wurde "die Hoffnung unterstrichen, daß eine friedliche Lösung für Namibia ... bald gefunden werde".¹⁵¹

Verschiedene Umstände führten 1988 zur Verstärkung der öffentlichen Präsenz der SWAPO. Im März startete die "Informationskampagne Namibia", wie erwähnt, von der Anti-Apartheid-Bewegung gemeinsam mit dem UN Council for Namibia durchgeführt; in ihrem Rahmen fanden zahlreiche Vorträge von SWAPO-Mitarbeiter Hanno Rumpf sowie eine ausführliche Begegnung mit dem Linzer Bürgermeister Dobusch statt, in deren Verlauf erste Vorgespräche für eine Städtepartnerschaft Linz - Swakopmund in einem unabhängigen Namibia geführt wurden.¹⁵² Im Juli des Jahres wurde einer der Dr. Bruno Kreisky-Preise für Menschenrechte an Anton Lubowski verliehen¹⁵³ und zugleich - wohl auch als Folge des Shoombe-Aufrufs von

Anti - Apartheid - Bewegung in Österreich

Die Anti-Apartheid-Bewegung, 1977 gegründet, informiert über Probleme der Rassenverfolgung in Südafrika, die Unabhängigkeitswerdung Namibias und die Destabilisierungspolitik Pretorias gegen die Frontstaaten. Die AAB organisiert Solidaritätsaktionen mit dem Widerstand gegen Apartheid. Der AAB gehören Angehörige aller demokratischen politischen Parteien und aller Weltanschauungen an.

Unsere Aktivitäten:

Herausgabe eines regelmäßigen "Informationsbulletins" sowie wissenschaftlicher Dokumentationen über die Entwicklung im Südlichen Afrika

Veranstaltung zahlreicher Informationsabende, Erstellung von Material für Referenten an Schulen, Institutionen der Erwachsenenbildung und kulturellen Einrichtungen

Materielle Unterstützung für die Befreiungsbewegungen in Südafrika und Namibia

Einsatz für politische Gefangenen und ihre Angehörigen in Südafrika

Organisation eines landesweiten Konsument/inn/en-Boykotts von südafrikanischen Waren

Aufforderung an Regierung und Parlament, das internationale Rüstungsembargo gegen Südafrika lückenlos durchzuführen und auf gesetzlicher Basis weitere Wirtschaftssanktionen gegen den Apartheidstaat zu verhängen

Kostenloses Informationsmaterial senden wir Ihnen auf Anfrage gerne zu. Übrigens: Ein Abonnement unseres Bulletins kostet öS 80.- pro Jahr, der Mitgliedsbeitrag öS 300.-. Spenden an die AAB können steuerlich abgesetzt werden. Sie erreichen uns über

1061 WIEN, POSTFACH 146

oder telefonisch täglich 13 - 16 Uhr unter 0222 / 505 44 84.



1985 zu verstehen - verstärkten sich die Kontakte zwischen der SPÖ und der SWAPO. Im August kam eine Begegnung der Linzer Nationalratsabgeordneten Waltraud Horvath mit SWAPO-Präsident Nujoma in Luanda zustande,¹⁵⁴ und im Oktober nahm eine hochrangige SWAPO-Delegation an einem Seminar des Dr. Karl Renner-Instituts über die Frontstaaten im Südlichen Afrika teil.¹⁵⁵

6. Die bisherige Übergangsphase zur Unabhängigkeit

Die verlorene Schlacht von Cuito Cuanavale in Südafrika, der zunehmende innere Widerstand und nicht zuletzt der spürbar werdende Druck der internationalen Sanktionen¹⁵⁶ hatten den Apartheidstaat im Verlauf des Jahres 1988 an den Verhandlungstisch gezwungen. Die Unterzeichnung des Grundsatzvertrages über die Lösung des Konfliktes im südwestlichen Afrika, abgeschlossen am 22. Dezember 1988 zwischen Südafrika, Angola und Kuba in New York, bedeutete zugleich auch das Scheitern der von Pretoria über ein Jahrzehnt hindurch verfolgten "internen Lösung"; nicht einseitig zu südafrikanischen Bedingungen, sondern gemäß den international vereinbarten Modalitäten - d.h. aufgrund der von südafrikanischer Seite jahrelang torpedierten Res. 435 und unter Aufsicht der ebenso lang diskreditierten Vereinten Nationen - sollte nun der Übergang Namibias in die Unabhängigkeit erfolgen. Die innerösterreichischen Reaktionen waren demgemäß charakteristisch: Während die bisherigen Exponenten der südafrikanischen Sichtweise der Namibia-Frage den Vertragsabschluß weitgehend unkommentiert ließen,¹⁵⁷ wurde derselbe sowohl vom Außenministerium¹⁵⁸ als auch von der Anti-Apartheid-Bewegung ausdrücklich begrüßt.¹⁵⁹

Spätestens der offizielle Beginn der in Res. 435 vorgesehenen sog. Übergangsphase am 1. April 1989 ließ jedoch die unterschiedlichen Zugänge zum Problem Namibia wieder an die Öffentlichkeit treten, und in der Tat könnte geradezu von einer Polarisierung gesprochen werden - soweit ein Dritte-Welt-Thema zur Polarisierung der österreichischen Öffentlichkeit überhaupt geeignet ist.

Schon im Jänner hatte die Anti-Apartheid-Bewegung einen "SWAPO-Fonds für ein freies Namibia" ins Leben gerufen, der in erster Linie zur Förderung der Wahlbewegung der SWAPO in Namibia, zugleich aber auch von kleineren Flüchtlingsprojekten gedacht war; der Fonds, der u.a. von sozialistischen (Lacina, Jankowitsch, Horvath, Ederer, Zilk, Reschen), grünen (Smolle) und ungenannt bleibenden ÖVP-Politikern sowie von einer Reihe von prominenten Künstlern (Resetarits, Tausig, Messner) sowie Geistlichen unterstützt wurde, konnte bis Jahresende 1989 ca. 300.000 Schilling aufbringen.¹⁶⁰ Darüber hinaus wurde knapp vor Beginn des Unabhängigkeitsprozesses noch eine Vortragstournee mit SWAPO-Representative N. Shoombe durchgeführt.¹⁶¹

Weitere Unterstützungsaktivitäten für die SWAPO wurden seitens der sozialistischen Volkshilfe¹⁶² sowie - gemeinsam mit einer Hilfsaktion für Nicaragua - durch die Arbeitsgemeinschaft SPÖ - Dritte Welt¹⁶³ organisiert.

Konkurrierend dazu wurde unter den Auspizien prominenter ÖVP-Politiker Mitte Mai die Gründung eines Namibia-Komitees vorgestellt, "das sich mit seiner Tätigkeit für ein freies, unabhängiges und multirassisches Namibia einsetzen will"; als

Präsident des Komitees fungiert der Tiroler Abgeordnete Otto Keimel, als Generalsekretärin Dkfm. Ingrid Fleischmann. Wie Keimel bekanntgab, sei durch Vermittlung des Komitees der Wiener ÖVP-Abgeordnete und Rechtsexperte Felix Ermacora von verschiedenen namibischen Parteien mit der Prüfung der diversen namibischen Verfassungsvorschläge beauftragt worden.¹⁶⁴

In den folgenden Monaten wurden vom Namibia-Komitee mit der Herausgabe seiner "Namibia-Nachrichten" und durch Pressekonferenzen mit zwei ehemaligen SWAPO-Gefangenen¹⁶⁵ sowie einer Vertreterin des Südwestafrikanischen Roten Kreuzes¹⁶⁶ Schwerpunkte in der Öffentlichkeitsarbeit gesetzt. Im Bereich des politischen Lobbying wurde ein Österreich-Besuch der DTA-Führungsspitze, nämlich von Dirk Mudge und Mashake Muyongo, organisiert, in dessen Verlauf die namibischen Politiker auch von Außenminister Alois Mock empfangen wurden - wohl als Ausgleich zum Zusammentreffen Mock - Nujoma im Februar interpretierbar.¹⁶⁷ Bei einem Vortrag am 15. Juni in der Politischen Akademie der ÖVP sowie auch bei seiner Pressekonferenz prognostizierte Mudge übrigens einen Wahlsieg (über 50 % der Stimmen) der DTA - eine Vorhersage, die sich auch nicht annähernd erfüllt hat.¹⁶⁸ Mit Hinweis auf seine "weder demokratisch legitimierte noch international akzeptierte Rolle als 'Ministerpräsident der Interimsregierung'" wurde Mudge übrigens vom sozialistischen Parlamentsklub nicht empfangen.¹⁶⁹

Namibia-Komitee-Generalsekretärin Ingrid Fleischmann trat im folgenden gemeinsam mit Dirk Mudge bei DTA-Wahlveranstaltungen auf und überbrachte eine ÖVP-Grüßbotschaft, in der betont wurde, die ÖVP begrüße nach ausführlicher Prüfung desselben das Wahlprogramm der DTA und unterstütze diese "wholeheartedly".¹⁷⁰

Eine Konfrontation beider Zugänge zur Entwicklung in Namibia erfolgte im Rahmen eines vom entwicklungspolitischen Sprecher der ÖVP, Abg. Heribert Steinbauer, veranstalteten "Namibia-Hearings" am 25. Oktober, an dem der Chefredakteur der Allgemeinen Zeitung, Hans-Bernd Feddersen, Ingrid Fleischmann und Franz Hnatisko einerseits, Abg. Waltraud Horvath und Anti-Apartheid-Bewegung-Vorsitzender Walter Sauer andererseits teilnahmen.¹⁷¹

Abgesehen von diesen Aktivitäten auf politischer Ebene wurde im humanitären Bereich u.a. von kirchlichen Einrichtungen wie dem Päpstlichen Missionswerk¹⁷² und der Katholischen Jungschar das Rückführungsprogramm für Zehntausende namibische Flüchtlinge im Ausland unterstützt; auch seitens der Bundesregierung wurden 3,6 Millionen Schilling dafür bereitgestellt und an das UNHCR überwiesen.¹⁷³ Vor allem aber hatte die österreichische Regierung nunmehr ihre Zusage aus dem Jahr 1978 einzulösen, sich im Rahmen der UNO-Überwachungskommission zur Vorbereitung freier und fairer Wahlen in Namibia durch die Entsendung österreichischer Polizisten zu beteiligen.

Schon 1978 hatte die Bundesregierung dem UN-Sicherheitsrat die Entsendung zunächst sogar von "Blauhelmen", jedenfalls aber von Polizisten und zivilen Wahlüberwachungsbeamten im Rahmen der United Nations Transitional Assistance Group (UNTAG) angeboten; als Größenordnung dafür waren 50 bis 80 Mann genannt worden;¹⁷⁴ sogar als Kommandant des militärischen UNTAG-Flügels war zu diese Zeit ein Österreicher - der damalige Generalmajor Hannes Philipp, derzeit

Armeeekommandant - vorgesehen gewesen.¹⁷⁵ Angesichts der neuen Lage kamen die Vereinten Nationen im September 1988 nunmehr auf das österreichische Angebot zurück,¹⁷⁶ und am 16. März erteilte der Hauptausschuß des Nationalrates dem Innenministerium die endgültige Bewilligung, im Sinne der traditionellen Beteiligung Österreichs an den friedenserhaltenden Operationen der UNO maximal 50 Polizei- und Gendarmeriebeamte nach Namibia zu entsenden.¹⁷⁷ Unter dem Kommando des Grazer Oberstleutnants Gerhard Stubbenhausen¹⁷⁸ erfolgte am 21. April der Abflug von knapp 50 Polizeibeamten nach Namibia;¹⁷⁹ nach dem Rotationsprinzip wurde eine Hälfte des Kontingents im November ausgetauscht.¹⁸⁰ Die Entsendung österreichischer Soldaten - im Gespräch war offenbar ein Kontingent von 300 Pionieren zur Minenräumung an der angolanisch-namibischen Grenze - wurde vom Verteidigungsministerium und im Konsens mit den Wehrsprechern der Koalitionsparteien mit Rücksicht auf eine mögliche Gefährdung der Einheit abgelehnt.¹⁸¹

Auch die von UNO-Seite erbetene Entsendung offizieller österreichischer Wahlbeobachter bzw. Wahlprozeßbeobachter wurde seitens der Regierung abgelehnt.¹⁸² Die Aufenthalte der wenigen österreichischen Wahlprozeßbeobachter wurden somit ausschließlich von privater Seite organisiert, so durch die Volkshilfe,¹⁸³ den SP-Parlamentsklub, in dessen Auftrag sich die Abgeordnete Waltraud Horvath drei Wochen lang in Namibia aufhielt,¹⁸⁴ des evangelischen Arbeitskreises für Weltmission, der zwei Beobachterinnen entsandte¹⁸⁵ und seitens der Vereinigung "Justitia et Pax". Einem Delegierten der Österreichischen Vereinigung Demokratischer Juristen wurde von südafrikanischer Seite das Visum verweigert.¹⁸⁶ Als unmittelbarer Zeuge der Wahlen selbst hielt sich der außenpolitische Sprecher der SPÖ, Abg. Janakowitsch, im Rahmen seiner SI-Delegation in Namibia auf.¹⁸⁷

7. Resümee und Ausblick

Teils durch wichtige internationale Impulse, teils aber durch die - im Vergleich zur Situation im Fall Zimbabwes vor zehn Jahren - wesentlich verbreiteteren - Aktivitäten der heimischen Solidaritätsbewegung in ihren vielfältigen (kirchlichen, akademischen, politischen) Facetten hat die österreichische Unterstützung des namibischen Unabhängigkeitskampfes somit wesentlich an Profil gewonnen. In geringerem Ausmaß als damals mußte den pro-südafrikanischen Lobbies in Medien und politischen Institutionen Terrain überlassen werden, konnten diese ungehindert über den heimischen Kurs hinsichtlich des Südlichen Afrika bestimmen. Dessen ungeachtet freilich war es diesen Kreisen möglich, offene und nicht unwichtige österreichische Unterstützung für die völkerrechtswidrige südafrikanische Besatzungspolitik in Namibia zu organisieren, dessen ungeachtet besteht ihr - teils sogar dominierender - Einfluß auf Innen- und Wirtschaftspolitik und auf die Medien weiter.

Vor allem zwei Folgerungen sind aus dieser Einschätzung zu ziehen. Erstens: Ein erfolgreicher Abschluß der Übergangsphase Namibias in seine Unabhängigkeit, vor allem aber die zu erwartenden Probleme des Landes in der Zukunft, erfordern weitere internationale Unterstützung. Walvis Bay, der einzige Tiefseehafen des Landes, ist etwa nach wie vor fest in südafrikanischer Hand, große Teile der

namibischen Wirtschaft werden von südafrikanischen Konzernen kontrolliert, die Frage der riesigen, von Pretoria im Namen Namibias aufgenommenen Auslandsschulden ist nach wie vor ungeklärt. Die Aufnahme zwischenstaatlicher diplomatischer Beziehungen, die Schaffung gerechter (!) Rahmenbedingungen für bilaterale Wirtschaftskontakte (wobei Kompensation für die jahrelang illegal durchgeführte Ausbeutung der namibischen Rohstoffe in Rechnung zu stellen sind) und nicht zuletzt sinnvolle entwicklungspolitische Bemühungen erscheinen angesichts dessen von Österreich aus dringend nötig. Die angekündigte Errichtung einer österreichischen Botschaft in Windhoek¹⁸⁸ könnte einen ersten Schritt in diese Richtung bedeuten.

Und zweitens: Zugleich müssen die Möglichkeiten eines freien und unabhängigen Namibia, seine Gesellschaft selbstbestimmt und frei zu entwickeln, sichergestellt werden. Namibia darf nicht, wie andere Länder des Südlichen Afrika, der südafrikanischen Destabilisierungspolitik - deren Beendigung ja in keiner Weise absehbar ist - zum Opfer fallen. Daraus ergibt sich für die internationale Gemeinschaft mehr denn je die Notwendigkeit eines verstärkten Engagements gegen die südafrikanische Apartheid-Politik als die eigentliche Ursache des Konflikts im Südlichen Afrika. Und daraus ergibt sich auch für Österreich die Notwendigkeit, eine außen-, außenwirtschafts- und entwicklungspolitische Schwerpunktverlagerung von "Weiß-" auf "Schwarzafrika", wie sie im Anschluß an die Befreiung Zimbabwes vorgeschlagen und nur ansatzweise verwirklicht wurde, tatsächlich in die Tat umzusetzen.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. dazu Walter Sauer/Theresia Zeschin (Hrsg.), Die Apartheid-Connection. Österreichs Bedeutung für Südafrika, Wien 1984; Walter Sauer, Österreichs Beziehungen zu Zimbabwe, in: Journal für Entwicklungspolitik IV/4, 1988, S. 27 - 54.

² Insbesondere ist an dieser Stelle auf die noch ungelöste Frage des namibischen Tiefseehafens Walvis Bay hinzuweisen, der von Pretoria als Enklave südafrikanischen Staatsgebiets beansprucht wird, dessen Rückgabe an Namibia jedoch der Weltsicherheitsrat in Res. 432 forderte. Im Rahmen der Umsetzung von Res. 435 seit 1. April 1989 wurde das Problem bedauerlicherweise ausgeklammert und somit aller Voraussicht nach eine schwerwiegende Hypothek für das zukünftige freie Namibia geschaffen.

³ Einführend in Geschichte und völkerrechtliche Situation Namibias vgl. Julio Faundez, Namibia: the relevance of international law, in: Third World Quarterly 8/2, April 1982, S. 540 - 558; zu Geschichte und Situation Namibias vor dem Beginn des Übergangsprozesses in die Unabhängigkeit: IDAF, Namibia - the Facts, London 1989; Nangolo Mbumba/Helgard Patemann/Uazuvara Katjivena, Ein Land, eine Zukunft. Namibia auf dem Weg in die Unabhängigkeit, Wuppertal 1988; SWAPO Department of Information and Publicity, To Be Born A Nation. The Liberation Struggle for Namibia, London 1981.

⁴ Vgl. dazu Faundez, S. 543 f.

⁵ Außenpolitischer Bericht 1983, Wien 1984, S. 38.

⁶ Vgl. dazu u.a. Kurt Waldheim, Im Glaspalast der Weltpolitik, Düsseldorf - Wien 1985, v.a. S. 158 - 168.

⁷ Im Wesentlichen entnommen aus den jeweiligen Außenpolitischen Berichten sowie: Rede von Außenminister Leopold Gratz anläßlich der Eröffnung der Außerordentlichen Plenartagung des UN Council for Namibia in Wien am 3. Juni 1985; Rede von Außenminister Peter Jankowitsch

anlässlich der Eröffnung der UN-Namibia-Konferenz in Wien am 11. Juli 1986; Statement der österreichischen Delegation (Delegationsleiter ÖVP-Nationalratsabgeordneter Felix Ermacora) im Rahmen derselben Konferenz (jeweils Originaltexte). Ferner wurden zahlreiche österreichische Statements vor UN-Gremien herangezogen, doch wird hierbei aus Raumgründen auf detaillierte Quellennachweise verzichtet.

⁸ Volksstimme, 29. 9. 1978.

⁹ Erklärung Bundesminister Gratz im Juni 1985; aufgrund von Res. 566 (1985) des Sicherheitsrates, die der Interimsregierung die Legitimität absprach und die Mitgliedsstaaten zur Verhängung begrenzter Sanktionen gegen Südafrika aufrief, beschloß erstmals auch die österreichische Bundesregierung ein Maßnahmenpaket gegen Südafrika. Vgl. Außenpolitischer Bericht 1985, S. 416 f.

¹⁰ Nach Angaben des damaligen UN-Commissioners for Namibia, Brajesh Mishra, belief sich diese Unterstützung jährlich auf etwa 17.000 US-\$; 1984 wurden zusätzlich 50.000 US-\$ (umgerechnet etwa 1 Mio. Schilling) speziell für Bildungsprogramme gegeben (Die Presse und Wiener Zeitung, 15. 6. 1984).

¹¹ Außenminister Pahr hatte zuvor auch von österreichischen Soldaten gesprochen (Die Presse, 5. 6. 1978), doch ist davon im folgenden nicht mehr die Rede. Vgl. Wiener Zeitung, 23. 7. 1978 und Die Presse, 24. 7. 1978.

¹² Wiener Zeitung, 7. 12. 1980.

¹³ Vgl. Außenpolitischer Bericht 1985, S. 417 sowie zahlreiche Berichte in Wiener Tageszeitungen.

¹⁴ Vgl. BGBl. 368/1986; Außenpolitischer Bericht 1986, S. 394 f. sowie zahlreiche Berichte in Wiener Tageszeitungen.

¹⁵ So UN-Commissioner Brajesh Mishra, in: Die Presse, 23. 1. 1983.

¹⁶ Wiener Zeitung, 4. 3. 1981.

¹⁷ Eine Haltung, die angesichts der österreichischen Verurteilung der südafrikanischen Bestrebungen freilich nicht als Unterstützung der Turnhallen- bzw. Interims-Administrationen und der sie tragenden politischen Kräfte interpretiert werden kann, sondern mit der eine Präjudizierung des Rechtes des namibischen Volkes, "in freien und fairen Wahlen ... seine eigenen Vertreter zu wählen", ausgeschlossen werden sollte (Außenpolitischer Bericht 1986, S. 395).

¹⁸ Vgl. die von Peter Jankowitsch vor der UN-Generalversammlung in New York abgegebene Erklärung (Wiener Zeitung, 23. 10. 1977).

¹⁹ Ober die mehrmaligen Besuche des Kapstädter Konsuls Ludwig Wundsam und die Abhaltung von Sprechstunden in namibischen Städten vgl. Allgemeine Zeitung, Windhoek, 6. 9. 1988; Zur Rechtslage vgl. Faundez, S. 543 f. sowie Felix Ermacora, Namibia/Südwestafrika, München 1981, S. 68.

²⁰ Vgl. dazu Paul Luif, Europäische Integration zwischen Ost und West. Die Rolle Österreichs, in: Politische Bildung 4/89, Mattersburg, S. 62 - 73.

²¹ Vgl. dazu insbesondere Wolfgang Benedek/Christine Ainetter, Die politischen Beziehungen Österreichs zu Südafrika, in: Sauer/Zeschin (Hrsg.), Apartheid-Connection, S. 15 - 39.

²² Beide Zitate von Ilse Leitenberger in: Die Presse, 5. 5. 1982.

²³ Dieselbe in: Die Presse, 13. 4. 1978.

²⁴ Vortrag von Erno Gauerke im Wiener Gewerbevereinshaus, Die Presse, 1. 6. 1987.

²⁵ Vortrag eines Helmut "von" Wichtenfeld, Eckartbote, Juni 1989, S. 10.

²⁶ Volksstimme, 16. 2. 1983 und 7. 10. 1984; Wochenpresse, 11. 8. 1989; in einer Entgegnung des "Bauern vom Schlag" wurde die NDP-Connection allerdings dementiert (Wochenpresse, 29. 9. 1989).

²⁷ Zit. nach Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hrsg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, 1. Aufl., Wien 1979, S. 292.

²⁸ Sauer/Zeschin, Apartheid-Connection, S. 151.

²⁹ Veröffentlicht im Eigenverlag als: Michael Damböck, Südwestafrika im Brennpunkt der Zeitgeschichte. Zum besseren Verständnis (1987).

³⁰ "Es scheint tatsächlich so zu sein, daß dieser Dr. Z. Kameeta geistig vergewaltigt worden ist und dringend ärztlicher Hilfe zugeführt werden sollte." (J. Brandmayer, eineinhalbseitige Großanzeige in der Allgemeinen Zeitung, Windhoek, 5. 6. 1987). Zephania Kameeta gilt als der bekannteste christliche Dichter Namibias und ist prominentes Mitglied des Namibischen Kirchenrates.

³¹ Einladung des ÖSAC Linz zu einem Diavortrag am 30. 11. 1987: Dr. Brandmayer sei für seinen Mut bekannt, "mit welchem er üble verleumderische Berichterstattung, wie sie nicht nur über Südafrika, sondern auch über SWA herzieht, mit bestechender Sachlichkeit entlarvt".

³² Günther Mayr, Unter weißen Wilden in Namibia, Südafrika, Zaire, Dortmund 1978, S. 88.

³³ Kleine Zeitung, Graz, 24. 5. 1978; vgl. Arbeiter-Zeitung, 6. 5. 1978.

³⁴ Vgl. v.a. sein Buch Schicksalsfrage Namibia, Graz - Wien - Köln 1983, und die darauf bezogene grundsätzliche Kritik von Wolfgang Benedek, in: Entwicklungspolitische Nachrichten, Wien, 10/1983, S. 20 f.

³⁵ Z.B. Tiroler Tageszeitung, 31. 3., 8. 4., 12. 4. 1989; vgl. zu Breyer und zur südafrikanischen Propagandastruktur im allgemeinen die entsprechenden Abschnitte in Sauer/Zeschin, Apartheid-Connection sowie Sauer, Österreich - Zimbabwe, S. 31 f.

³⁶ So der aus der pro-kolonialen Intervention im Kongo bekannte Söldnerjournalist Hans Germani, in: Die Presse, 24. 8. 1976 - im übrigen ein Stehsatz südafrikanischer Namibia-Propaganda bis in die Gegenwart. Als besonders abgefeimt ist in diesem Zusammenhang der propagandistische Mißbrauch der schutzlosesten Bevölkerungsgruppe Namibias, der sog. Buschmänner, zu werten - etwa in Form von südafrikanischen TV-Filmen im ORF (vgl. Kurier, 4. 8. 1988); hinter ihr verbirgt sich freilich auch die Integration des Buschmann-Volkes in die südafrikanische Armee (vgl. Kleine Zeitung, Graz, 30. 5. 1989, sowie Gavin Cawthra, Brutal Force. The Apartheid War Machine, London 1986, S. 205 f.).

³⁷ Die Presse, 19./20. 5. 1973.

³⁸ Was stark mit der schon 1976 vertretenen Auffassung (Die Presse, 16. 8. 1976) kontrastiert, Apartheid sei in Namibia "längst" abgeschafft worden.

³⁹ Die Presse, 24. 8. 1976.

⁴⁰ Die Presse, 16. 8. 1976.

⁴¹ Ilse Leitenberger, in: Die Presse, 5. 4. 1979.

⁴² Die Presse, 5. 4. 1979.

⁴³ Die Presse, 9. 4. 1979; den südafrikanischen Streitkräften sollte übrigens bei Verwirklichung der "internen" Lösung der Schutz der angolanischen Grenze und natürlich von Walvis Bay vorbehalten bleiben: Die Presse, 13. 4. 1978.

⁴⁴ So schon ÖVP-Abgeordneter Ermacora (Wiener Zeitung, 7. 9. 1976) sowie - allerdings mit einigen kritischen Untertönen gegenüber den weißen Minderheitsgremien - Andreas Unterberger, in: Die Presse, 5. 5. 1978; 22./23. 3. sowie 31. 3. 1980.

⁴⁵ Ilse Leitenberger, Die Presse, 13. 6. 1978.

⁴⁶ Die Presse, 28. 1. 1983.

⁴⁷ Die Presse, 21. 6. 1985.

⁴⁸ Vgl. etwa die regelmäßigen Bemerkungen in den zitierten Berichten der "Presse" sowie als besonders bösartiges Beispiel: "Je mehr die Terroristen des SWAPO-Häuptlings Nujomo (sic!) wüten, umso höher steigt offenkundig ihr Ansehen im demokratischen Washington und Großbritannien. Und Herr Waldheim, der brave Opportunist aus Österreich, hat es ja erst kürzlich im österreichischen Fernsehen bestätigt ...: Eine 'Demokratie' ohne SWAPO-Terroristen ist für die UNO nun mal kein Diskussionsgegenstand." (Volksblatt, Linz, 13. 4. 1979)

⁴⁹ Vgl. dazu Renate Kicker/Andreas Khol/Hanspeter Neuhold (Hrsg.), Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen - Strategien - Stellungnahmen, Salzburg 1983.

⁵⁰ Vgl. Walter Ehmeir, Untersuchung über Unterrichtsmaterialien zum Südlichen Afrika, Wien 1989 (Publikation für 1990 geplant), S. 36 sowie das grundsätzliche Vorwort zu dieser Studie von Konrad Ginther, Walter Schicho und Walter Sauer.

⁵¹ Vgl. Erika Fuchs, Anti-Rassismus-Programm 1969 - 1979. Aktuelle Reihe des Reformierten

Kirchenblattes, Wien 1979, v.a. S. 195 - 260.

⁵² Vgl. als ein Beispiel von vielen die Stellungnahme des katholischen Bischofs von Windhoek, Bonifatius Haushiku, anlässlich des 25jährigen Bestehens der Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission, in: ÖED-rundbrief, 25. 5. 1988 sowie Zeitzeichen, Wien, Juni 1988.

⁵³ 20 Jahre Völkerrecht in der Hans Sachs-Gasse 3. Ein Rückblick. Institut für Völkerrecht und internationale Beziehungen an der Karl Franzens-Universität Graz (Graz 1989).

⁵⁴ Vgl. die regelmäßige Berichterstattung im "Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung" (Wien) sowie "10 Jahre Anti-Apartheid-Bewegung" (Wien 1987).

⁵⁵ Vgl. dazu u.a. Wiener Tageszeitungen, 11. 3. 1988; Allgemeine Zeitung, Windhoek, 10. 10. 1988.

⁵⁶ Vgl. Franz Kolland, Der Beitrag der Dritte-Welt-Bewegung zur politischen Kultur Österreichs - Wirkung und Einflussnahme auf die österreichische Entwicklungspolitik, in: ÖZPW 84/2, S. 165 - 181.

⁵⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Länderbericht Namibia 1988, Wiesbaden, August 1988, S. 69 f.

⁵⁸ Internationale Wirtschaft, 13. 1. 1983.

⁵⁹ Internationale Wirtschaft, 25. 8. 1988; zur Warenliste wird hier noch "Papier" sowie der Hinweis hinzugefügt, der Handel laufe zum Teil über Südafrika.

⁶⁰ Die meisten der mit Namibia in Geschäftsbeziehung stehenden Firmen sind naturgemäß auch im Handel mit Südafrika aktiv; vgl. Sauer/Zeschin (Hrsg.), Die Apartheid-Connection, v.a. S. 236 ff.

⁶¹ Angabe aus Firmenprospekt im Besitz der Verfasser; vgl. Sauer/Zeschin (Hrsg.), Die Apartheid-Connection, S. 123. Nach einer Mitteilung der Firma (Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung Nr. 52, Dez. 1989) hat Engel "aus politischen und geschäftlichen Gründen" seine kommerziellen Aktivitäten in Südafrika (und daher wohl auch in Namibia) eingestellt.

⁶² Schriftliche Mitteilung vom 11. 10. 1983 im Besitz der Verfasser.

⁶³ Internationale Wirtschaft, 21. 4. 1983.

⁶⁴ Allgemeine Zeitung, Windhoek, 4. 4. 1986; Rosenbauer hatte 1985 eine Tochterfirma in Südafrika errichtet (siehe auch Südafrikanischer Digest, 15. 3. 1985).

⁶⁵ Schriftliche Mitteilung vom 28. 9. 1983 im Besitz der Verfasser; vgl. Internationale Wirtschaft, 12. 11. 1976.

⁶⁶ Internationale Wirtschaft, 28. 5. 1986.

⁶⁷ Raiffeisenzeitung, 10. 2. 1982.

⁶⁸ Eigene Berechnung aus der Außenhandelsstatistik, Serie 2.

⁶⁹ Vgl. dazu Faundez, S. 549 - 551 sowie die Dokumentation über den ersten vom UN-Council angestregten Musterprozess nach Dekret Nr. 1 gegen die niederländisch-britische Firma URENCO: The URENCO Case. Namibia Bulletin, New York, Vol. XI, No. 7, July 1988.

⁷⁰ Pressekonferenz am 17. 7. 1986; vgl. Bericht im ORF-Mittagsjournal 17. 7. 1986; AZ (Wien) und Volksstimme, 18. 7. 1986; Stimmen zur Zeit Nr. 109 (Wien, Oktober 1986).

⁷¹ Mitteilung vom 23. 7. 1986 an die Verfasser.

⁷² Die mit den Reisepapieren ausgehändigten Werbematerialien der südafrikanischen Botschaft sowie die vielfach zugleich ausgehändigten Einladungen zu Veranstaltungen der Südafrikanischen Clubs tragen sicherlich das Ihre dazu bei. Vgl. Sauer/Zeschin (Hrsg.), Die Apartheid-Connection, S. 165.

⁷³ Vgl. etwa Allgemeine Zeitung, Windhoek, 23. 4. 1986.

⁷⁴ Vgl. dazu die Ausführungen von "Wirtschaftsminister" Shipanga, in: Windhoek Advertiser, Windhoek, 17. 2. 1989 und allgemein: United Nations Institute for Namibia (Hrsg.), Namibia. Perspectives for National Reconstruction and Development, Lusaka 1986, S. 259 - 291.

⁷⁵ Z.B. Kurier, 28. 8. 1983, 22. 2. 1986, 22. 1. 1987; Salzburger Nachrichten, 7. 7. 1984; Kronenzeitung, 10. 1. 1987; Die Presse, 19. 11. 1987 etc.

⁷⁶ Vgl. etwa FM-Fremdenverkehr 11/4, April 1986.

⁷⁷ Protea-Post, Zürich, Juni 1986.

⁷⁸ FS 1, 14. 8. 1984, 1. 4. 1985 und 21. 11. 1988.

⁷⁹ FS 1, 1. 8. 1989.

⁸⁰ Windhoek Advertiser, 17. 2. 1989.

⁸¹ Windhoek Observer, 19. 12. 1987.

⁸² Windhoek Advertiser, 27. 8. 1981; Allgemeine Zeitung, Windhoek, 15. und 22. 8. 1985; letzter Auftritt erfolgte im Rahmen der 9. Südafrika-Tournee der Sängerknaben.

⁸³ Windhoek Advertiser, 6. 8. 1987.

⁸⁴ Südafrikanischer Digest, 22. 7. 1986.

⁸⁵ Wochenpresse, Wien, 24. 2. 1989.

⁸⁶ heute aus südafrika, 3. 11. 1983.

⁸⁷ Anlässlich eines Abschiedskonzertes in Windhoek im Dezember 1982 war eine schwarze katholische Ordensschwester aufgrund ihrer Hautfarbe vom Besuch des Konzertes ausgeschlossen worden, daraufhin war kirchlicherseits das im Vatikan geplante Konzert abgesagt worden. Vgl. Windhoek Observer, 11. 12. 1982 und 26. 2. 1983; Rand Daily Mail, 8. 1. 1983.

⁸⁸ Windhoek Observer, 9. 6. 1984.

⁸⁹ Vgl. z.B. Windhoek Advertiser, 9. 6. 1986 (hier wird von einer Regierungssubvention für die Tournee in der Höhe von 50.000 Rand gesprochen); Windhoek Observer, 21. 6. 1986, etc.

⁹⁰ Aktenbestand im Archiv der österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung; Wiener Zeitung und Volksstimme, 6. 7. 1986.

⁹¹ Kathpress, Wien, 3. 11. 1986.

⁹² Oranjemund Newsletter, 30. 4. 1982.

⁹³ heute aus südafrika, Wien, 4. 2. 1982, sowie Südafrikanischer Digest, 10. 3. 1982.

⁹⁴ Allgemeine Zeitung, Windhoek, 21. 7. 1981 und Südafrikanischer Digest, 27. 1. 1982.

⁹⁵ heute aus südafrika, 25. 4. 1985 und SA Digest, 14. 5. 1985.

⁹⁶ panorama, Juli/August 1985.

⁹⁷ Austrian News for Africa 3/1987 sowie Die Presse, 9./10. 9. 1989.

⁹⁸ Windhoek Advertiser, 3. 3. 1978; bei einer Pressekonferenz in Windhoek 1979 sprach Ingrid Fleischmann ausdrücklich davon, ihr Interesse an der Region sei durch persönliche Verbindungen mit der südafrikanischen Botschaft in Wien geweckt worden: Windhoek Advertiser, 15. 6. 1979. Zu den Aktivitäten des Vereins und seiner agilen Gründerin, der Peter Turrini in seinen "Die Bürger von Wien" ein literarisches Denkmal gesetzt hat, vgl. auch AZ, 4. 9. 1986.

⁹⁹ Windhoek Advertiser, 24. 8. 1977 und 15. 6. 1979.

¹⁰⁰ Raiffeisen-Zeitung, 19. 2. 1981.

¹⁰¹ Profil, 22. 11. 1981; zur entwicklungspolitischen Problematik des Solidaritätsfonds vgl. EPN 16/1980 sowie IKARUS (Wien), 6/1985, S. 54 - 58.

¹⁰² Vgl. v.a. Extrablatt, Nov. 1981 und April 1982.

¹⁰³ Windhoek Advertiser, 15. 6. 1979.

¹⁰⁴ Tiroler Tageszeitung, 12. 12. 1981; Südafrika Panorama, 11/1983, S. 5 f.

¹⁰⁵ Z.B. Südafrika-Panorama, Nov. 1979; ebda., April 1981; Südafrika kontrovers, hrsg. von der südafrikanischen Botschaft, Bonn 1981, S. 35 f.; heute aus südafrika, 27. 5. 1983; Südafrika Panorama, 11/1983, S. 5; Artikel Ingrid Fleischmann im Südafrika-Panorama, Okt. 1984.

¹⁰⁶ Vgl. z.B. den Bericht über einen Schulgottesdienst mit anti-angolanischer Propagandaanlage in: Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung 17, März 1981, S. 19 sowie den - in erweiterter Form im Februar 1982 von der südafrikanischen Botschaft Wien publizierten - Vortrag Frau Fleischmanns vor dem Österreichisch-Südafrika-Panorama, Okt. 1984.

¹⁰⁷ Von katholischer Seite wurden die Aktivitäten des Vereins nicht als humanitär wertvoll, sondern als Teil der tribalistisch ausgerichteten Strategie der Besatzungsmacht verstanden und daher abgelehnt (freundliche Mitteilung des römisch-katholischen Bischofs von Namibia, Haushiku, an die Verfasser, 1. 5. 1988).

¹⁰⁸ Adalbert Krims, in: Profil, 30. 11. 1981.

¹⁰⁹ Brief an Außenminister Willibald Pahr vom 16. 11. 1981.

- ¹¹⁰ EPN, 17. 12. 1981.
- ¹¹¹ Daß in der Tat Projekte des Südwestafrikanischen Roten Kreuzes zwar in mehreren Ländern von NGO's, jedoch allein in Österreich durch einen vom Staat verwalteten Fonds gefördert wurden, brachte 1982 beispielsweise der (betont südafrikafreundliche) Politologe Werner Pfeifenberger zum Ausdruck: AWR-Bulletin, Wien, 1/1982, S. 148 sowie S. 34 - 48.
- ¹¹² Africa Now, Dec. 1981.
- ¹¹³ BBC, 12. 9. 1981; in-depth ECUNEWS, Windhoek, 15/1981; noch 1987 wurde von Missionskreisen in Namibia von Jugendlichen berichtet, die von südafrikanischen Truppen 1981 aus Angola verschleppt und als Zwangsarbeiter in der Armeebasis von Ruacana festgehalten worden waren (Namibian, 18. 9. 1987).
- ¹¹⁴ Windhoek Advertiser, 3. 9. 1982.
- ¹¹⁵ Windhoek Advertiser, 22. 6. 1983; Die Presse, 10. 4. 1984; vgl. BUNTE, München, 10. 5. 1984 und Die Frau, Wien, 23. 10. 1984.
- ¹¹⁶ Vgl. EPN 6/1984, S. 12; ebda., 9/1984, S. 16 - 18; ebda., 10/1984, S. 4; 4/1985, S. 5.
- ¹¹⁷ Vgl. auch Außenpolitischer Bericht 1987, S. 346.
- ¹¹⁸ Das Rote Kreuz, 9/1988, S. 11.
- ¹¹⁹ Private Information der Verfasser; inwieweit an diesen für die südafrikanische Besatzungsverwaltung natürlich ebenso interessanten Untersuchungen auch offizielle österreichische Institutionen (etwa die Bundesanstalt) oder Firmen beteiligt waren, ist leider unbekannt.
- ¹²⁰ Neues Volksblatt, Linz, 28. 5. 1983; ebda., 30. 6. 1983.
- ¹²¹ Kleine Zeitung, 29. 7. 1988.
- ¹²² Der Standard, 19. 5. 1989.
- ¹²³ Windhoek Observer, 15. 2. 1986.
- ¹²⁴ Ebda.
- ¹²⁵ So der bekannte Namibia-Experte und ebenfalls Jurist Manfred O. Hinz: Der Standard, 19. 6. 1989.
- ¹²⁶ Mitteilungsblatt der Stadt Villach, XII/1987, S. 329; vgl. weiters Allgemeine Zeitung, 25. 6. 1987 sowie Namibian, 26. 6. 1987.
- ¹²⁷ Allgemeine Zeitung, 1. 8. 1988.
- ¹²⁸ ÖVP-Pressedienst, 27. 12. 1988.
- ¹²⁹ Vgl. IDAF Labour in Namibia (London 1986).
- ¹³⁰ ÖVP-Pressedienst, 27. 12. 1988.
- ¹³¹ Pressekonferenz Hnatukos und des Wiener Stadtrates Engelmayr vom 9. 2. 1989; Der Standard, 19. 2. 1989; Windhoek Observer, 11. 2. 1989.
- ¹³² Vgl. dazu ausführlich Zeitzeichen, Juni 1989, S. 8.
- ¹³³ Der öffentliche Dienst, 7 - 8/1989, S. 8 f.
- ¹³⁴ Die Presse, 5. und 15. 10. 1987; zur Reise der ÖVP-Parlamentarier ins Südliche Afrika, die u.a. vom Südafrikanischen Kirchenrat und der Katholischen Bischofskonferenz Südliches Afrika verurteilt wurde, nahmen neben König u.a. die Abgeordneten Bruckmann, Zernatto und Keimel teil. Vgl. die Berichterstattung in der österreichischen Tagespresse, u.a. Profil.
- ¹³⁵ Die Presse, 24. 11. 1987; es handelt sich um "Erziehungsminister" Matjila und "Arbeitsminister" Katjuongua; später wurde auch von einem Besuch von DTA-Vorsitzendem Dirk Mudje in Wien berichtet: Namibia-Nachrichten 1 (Mai 1989).
- ¹³⁶ Die Presse, 9. 5. 1978.
- ¹³⁷ Wiener Zeitung, 11. 10. 1978.
- ¹³⁸ Einladungsflugblatt im Privatbesitz der Verfasser.
- ¹³⁹ hallo, Heft 7 - 8/1978; nach seiner Freilassung nahm Axel Johannes Ende 1985 an einer von der Anti-Apartheid-Bewegung organisierten Pressekonferenz teil: Wiener Zeitung, 6. 12. 1985.
- ¹⁴⁰ Angesichts der gegenwärtigen Festlegung maßgeblicher ÖVP-Kreise auf eine Anti-SWAPO-Haltung ist es wichtig festzuhalten, daß die ÖVP bis etwa Mitte der 80er Jahre durchaus in kontinuierlichen Gesprächen mit der SWAPO stand - die Tradition reicht vom bereits erwähnten Besuch von ÖVP-Bundesrat Schambeck bis zur (parteiintern kritisierten) Visite von Bundespar-

teibmann und Außenminister Alois Mock bei Präsident Nujoma in Luanda im Februar 1989 - um alle weiteren Gesprächspartner hier der Kürze halber nur summarisch zu erwähnen.

- ¹⁴¹ Arbeiter-Zeitung, 27. 6. 1981; Volksstimme, 28. 6. 1981.
- ¹⁴² Shombe war in den 70er Jahren als Lehrer in Nord-Namibia tätig und an der dortigen Untergrund-Arbeit der SWAPO beteiligt gewesen; die üblichen politischen Schikanen durch die südafrikanische Besatzungsmacht hatten ihn zum Verlassen des Landes gezwungen. Vgl. John Ya Otto, Namibia - autobiographischer Bericht, Zürich 1984, S. 173.
- ¹⁴³ Eine ausführliche Projektdarstellung findet sich in: Frauensolidarität, Wien, Heft 3 - 4, 1984, Beilage.
- ¹⁴⁴ Wiener Zeitung, 13. 3. 1984.
- ¹⁴⁵ Kurier, Wien, 9. 9. 1985; Wiener Tageszeitungen, 22. 9. 1985. Nujomas zweiter Besuch in Österreich erfolgte im Rahmen der internationalen Namibia-Konferenz im Juli 1986.
- ¹⁴⁶ Über Shombe's aufsehenerregende Rede "Socialists have neglected southern Africa" vgl. Namibian, 25. 10. 1985.
- ¹⁴⁷ Vgl. EPN 11/1988, S. 8 f.
- ¹⁴⁸ Zur Problematik der namibischen Flüchtlinge und speziell zu Cuanza Sul, das im Verlauf der Jahre zu einer der wichtigsten Siedlungs-, Landwirtschafts- und Bildungszentren der SWAPO im Exil werden sollte, vgl. die regelmäßige Berichterstattung in den Publikationen des UN High Commissioners for Refugees (UNHCR), sowie etwa Frankfurter Rundschau, 21. 4. 1981; Arbeiter-Zeitung, Wien, 29. 8. 1988; Wiener Zeitung, Wien, 30. 8. 1988.
- ¹⁴⁹ OÖ Tagblatt, 18. 2. 1986; Volksstimme, 20. 2. 1986. Einen Nachfolger fand dieses Projekt zumindest indirekt durch die von Abg.z.NR Waltraud Horvath angeregten Sammlung eines "Solidaritätsschillings" der SPÖ-Frauen, in deren Rahmen 1988 etwa 180.000 öS für namibische Flüchtlingskinder dem Lager Nyango (Zambia) zur Verfügung gestellt werden konnten (Die Mehrheit, Linz, Heft 3/1988, S. 3 f.).
- ¹⁵⁰ Neue Zeit, Graz, 16. 4. 1988.
- ¹⁵¹ Wiener Zeitung, 4. 9. 1987; einige Tage zuvor hatte auch der außenpolitische Sprecher der SPÖ, Jankowitsch, gegen die Verhaftungen protestiert (Wiener Zeitung, 30. 8. 1987).
- ¹⁵² Allgemeine Zeitung, 10. 10. 1988.
- ¹⁵³ Wiener Zeitung, 9. und 12. 7. 1988.
- ¹⁵⁴ Wiener Zeitung, 9. 8. 1988. Einem Mitarbeiter Horvaths war zuvor das Einreisevisum nach Namibia verweigert worden (Wiener Tageszeitungen, 3. 8. 1988).
- ¹⁵⁵ Arbeiter-Zeitung, 24. 10. 1988.
- ¹⁵⁶ Vgl. zu diesen Faktoren etwa Gerald J. Bender, Peacemaking in Southern Africa, in: Third World Quarterly 11/2 (1989), S. 15 - 30; British Anti Apartheid Movement, Sanctions Begin to Bite, in: Journal für Entwicklungspolitik VI/1, 1988, S. 41 - 56.
- ¹⁵⁷ In der "Presse" fand sich die erste Meldung beispielsweise erst am 2. 1. 1989.
- ¹⁵⁸ Volksstimme, 24. 12. 1988.
- ¹⁵⁹ Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung 48a (Jänner 1989).
- ¹⁶⁰ Vgl. Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung 48a (Jänner 1989) und folgende Ausgaben; Wiener Zeitung, 19. 5. 1989; Die Presse, 13. 6. 1989.
- ¹⁶¹ Wiener Tageszeitungen, 21. 3. 1989.
- ¹⁶² Lieferung sog. Österreich-Pakete sowie Abwicklung eines Gesundheitsprojektes der Wiener SPÖ in Namibia. Vgl. volkshilfe aktuell 13/1989, S. 5 sowie Der Standard, 14. 6. und 3. 10. 1989.
- ¹⁶³ Ankauf von geländegängigen Transportfahrzeugen für den Wahlkampf der SWAPO; vgl. Nicaragua - Namibia. Solidaritätsaktion der SPÖ, Wien 1989; Salzburger Nachrichten, 3. 7. 1989; Wiener Zeitung, 22. 9. 1989.
- ¹⁶⁴ Die Presse, 7. 5. 1989; Volksblatt, 18. 5. 1989. Ermacora hatte sich schon seit Jahren zum einen als Menschenrechtsexperte für Südafrika einen Namen gemacht (vgl. EPN 11/1984), hatte zum anderen in seiner Forschungstätigkeit über Namibia jedoch eine deutliche Distanzierung vom UN-Unabhängigkeitsmodell erkennen lassen. Vgl. sein von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 1981 publiziertes Buch über Namibia/Südwestafrika, in dem kritische

Töne hinsichtlich der UNO, darüber hinaus aber hinsichtlich der gesamten Politik der Entkolonialisierung angeklungen waren: "Nach der Erreichung der äußeren Selbstbestimmung wird alles dem Zufall, dem Machtkampf und damit neuen Diskriminierungen überlassen." (S. 89)

¹⁶⁵ Der Standard, 19./20. 8. 1989.

¹⁶⁶ Die Presse, 18. 10. 1989.

¹⁶⁷ Vgl. Volksblatt, 17. 6. 1989.

¹⁶⁸ "SWAPO-Wahlsieg? Täuscht euch ja nicht! Es gibt eine Überraschung!" (Kronenzeitung, 16. 6. 1989); vgl. auch Die Presse, 17./18. 6. 1989.

¹⁶⁹ Namibian, 16. 6. 1989, Die Presse, 22. 6. 1989.

¹⁷⁰ Times of Namibia, 31. 7. 1989.

¹⁷¹ Vgl. APA-Aussendungen vom 25. und 27. 10. 1989.

¹⁷² Alle Welt, Wien, Juli/Aug 1989.

¹⁷³ Der Standard, 21. 6. 1989. Vgl. auch den Augenzeugenbericht einer nach Namibia entsandten Redakteurin der Wiener Zeitung zur Repatriierung (ebda., 2. 9. 1989).

¹⁷⁴ Die Presse, 5. 6. und 24. 7. 1978; Wiener Zeitung, 23. 7. 1978.

¹⁷⁵ Die Presse, 10. 8. 1978; Philipp wurde allerdings ein persönliches Naheverhältnis zum südafrikanischen Oberkommandierenden in Namibia, General Geldenhuys, nachgesagt.

¹⁷⁶ Kurier, 27. 9. 1988.

¹⁷⁷ Wiener Tageszeitungen, 17. 3. 1989.

¹⁷⁸ Zu Stubbenhausen, der auch in der Kommandohierarchie der UNTAG einen hohen Rang einnahm und in Namibia insbesondere wegen seiner konsequenten Zurückweisung von Diffamierungen der UNTAG durch weiße Rechtsextreme bekannt wurde, vgl. Kleine Zeitung, 12. 3.; Die Presse, 18. 9. 1989 sowie zahlreiche Leitartikel und Leserbriefe in der Allgemeine Zeitung.

¹⁷⁹ Wiener Zeitung, 22. 4. 1989.

¹⁸⁰ Die Presse, 13. 11. 1989. Aufenthalt und Tätigkeit der österreichischen UNTAG-Polizisten bildeten, nebenbei bemerkt, ein beliebtes Thema journalistischer Reportagen. Vgl. z.B. Wiener, Juni 1989; Vorarlberger Nachrichten, Bregenz, 15. 5. und 8. 8. 1989; Kleine Zeitung, 6. - 13. 8. 1989.

¹⁸¹ Wiener Zeitung, 6. 4. 1989.

¹⁸² So schon persönliche Mitteilung des Außenministeriums an die Verfasser, 30. 3. 1989; die Entscheidung wurde dann Mitte Oktober offiziell bestätigt und mit "fehlender Infrastruktur, personellen Limitationen und den mit dem Innenministerium geteilten Kompetenzen" begründet (Volksstimme, 18. 10. 1989; Die Presse, 27. 10. 1989).

¹⁸³ Bericht in: Wiener Zeitung, 4. - 8. 7. 1989.

¹⁸⁴ Wiener Zeitung, 23. 8., 24. 8. und 29. 8. 1989; Der Standard, 29. 8. 1989.

¹⁸⁵ Interview in: Informationsbulletin der Anti-Apartheid-Bewegung Nr. 51a (November 1989).

¹⁸⁶ Volksstimme, 15. 9. 1989.

¹⁸⁷ Der Standard, 8. 11. 1989.

¹⁸⁸ Vgl. Die Presse, 27. 10. 1989; ebda., 14. 11. 1989; Salzburger Nachrichten, 24. 11. 1989.

*Walter Sauer, Institut für Wirtschaft und Sozialgeschichte der Universität Wien,
Dr. Karl Lueger-Ring 1, A-1010 Wien
Theresia Zeschin, Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich,
Postfach 146, A-1061 Wien*

Journal für Entwicklungspolitik 4, 1989, S. 97

STICHWORT WALVIS BAY: Beginnt wirtschaftliche Destabilisierung Namibias?

Südafrikanischer Zoll hält "Österreich-Paket" für Namibia zurück

Seit nahezu zwei Monaten halte der südafrikanische Zoll im Hafen Walvis Bay 1.400 "Österreich-Pakete" zurück, die für in ihre Heimat zurückgekehrte namibische Flüchtlingskinder bestimmt sind, kritisierte der Generalsekretär der Österreichischen Volkshilfe, Erich Weisbier, Donnerstag gegenüber der "Sozialistischen Korrespondenz". Die Lebensmittelpakete für Namibia seien anlässlich des Starts der "Österreich-Pakete"-Aktion 1989/90 am 2. Oktober 1989 von Altbundespräsident Rudolf Kirschschräger übergeben worden und am 20. November im Hafen Walvis Bay, der nach wie vor von Südafrika besetzt ist, eingetroffen. Seither verweigere der südafrikanische Zoll die Weiterleitung der Pakete an die Empfänger in Namibia.

Offizielle Begründung für diesen außergewöhnlichen Schritt ist, daß der in den "Österreich-Paketen" enthaltene Honig (Marke: "Honigbär") in Österreich nicht auf radioaktive Bestrahlung untersucht worden sei. Wie Weisbier betonte, sei diese südafrikanische Begründung völlig absurd, da eine solche Untersuchung weder in Österreich noch sonst irgendwo auf der Welt verlangt werde. Die Zurückweisung von Nahrungsmittellieferungen für namibische Flüchtlingskinder sei ein "unbegreiflicher Akt der Inhumanität", der ein bezeichnendes Licht auf die unmenschliche Politik der Apartheid werfe. Weisbier forderte die südafrikanische Regierung auf, jegliche Behinderung der humanitären Hilfe für zurückgekehrte namibische Flüchtlinge sofort zu beenden, die im klaren Gegensatz zur UNO-Resolution 435 stehen.

(SK, 11. 1. 1990)

LESERKOMMENTAR Österreich und Zimbabwe

Zu unserem Beitrag "Österreichs Beziehungen zu Zimbabwe. Versuch einer Bestandsaufnahme" (JEP 4/1988, S. 27 - 54), erreichte uns der folgende Kommentar des früheren österreichischen Botschafters in Harare, Dr. Horst Mezei:

Ihren Beitrag im Journal für Entwicklungspolitik über die österreichischen Beziehungen zu Simbabwe habe ich mit Interesse und teilweise auch mit Freude gelesen. Nicht erfreut war ich hingegen davon, daß Sie mir den Mittelnamen Friedrich verpaßt haben, von dem ich wirklich nicht weiß, wie Sie auf diese Idee kommen

Ich möchte im Folgenden mit einigen Bemerkungen zu Ihrem Forschungsvorhaben beitragen:

1. Die Österreicherkolonie im seinerzeitigen Rhodesien entstand unter anderem dadurch, daß Südafrika und die ICEM die Auswanderung nach Südafrika förderten, was bedeutete, daß eine dreiwöchige, sehr lustige Seereise nach Durban nur 1000,- Schilling kostete. Die Auswanderer als Abenteurer zu bezeichnen, ist sicherlich übertrieben. Es handelte sich vielfach um junge Leute, die in Österreich kein Fortkommen sahen, und auch nicht den nötigen Freiraum. Damals mehr als heute war es fast ein Vergehen, jung zu sein. Wie oft mußte ich selbst bei Vorstellungen in Firmen hören: "Sie sind aber ein junger Mensch". Aus diesem Grund sind seinerzeit auch mein Bruder und ich ausgewandert.

Woher Sie den Eindruck haben, daß Österreicher im ehemaligen Rhodesien und heute noch in Südafrika einen besonderen Stellenwert in der österreichischen Außenpolitik genießen, ist mir unbegreiflich.

2. In Ihren Ausführungen zur Nichteinhaltung des Embargos gegen Rhodesien unterlassen Sie sträflicherweise den Hinweis, daß auch östliche Staatshandelskonzerne, und nicht nur westliche Multis, das Embargo unterlaufen haben.

Die Frage, ob auch Österreich sich an derartigen Operationen beteiligt hat, ist leicht geklärt. Wenn Sie mit Österreich die Republik meinen, ist die Antwort ein klares Nein. Ob österreichische Firmen beteiligt waren, läßt sich vielleicht aus den Handelsziffern und dem Abstieg gewisser Positionen in der Relation Südafrika ablesen.

3. Was die Schließung der Honorarkonsulate in Rhodesien anlangt, so war ich es selbst, der seinerzeit Honorarkonsul Taberer aus Pretoria anrief und anordnete, das Konsulat zu schließen. Die Schließung des Honorarkonsulates Bulawayo war eine Formsache. Es war seit ungefähr 1965 nicht mehr besetzt.

Die Betreuung der Österreicher in Rhodesien wurde entgegen Ihren Ausführungen der Botschaft London übertragen und de facto von der österreichischen Botschaft Pretoria wahrgenommen.

4. Ihre Ausführungen über rhodesische Urlauber in Österreich erscheinen mir wenig glaubhaft, da es damals eine strenge Weisung gab, nur in besonders

berücksichtigungswürdigen Fällen Visa zu erteilen. Während meiner Zeit in Pretoria wurde diese Weisung strikte beachtet.

5. Bezüglich der Teilnahme an der ZIMCORD-Konferenz stelle ich richtig, daß eine Einladung zur Teilnahme zwei Wochen vor Konferenzbeginn in Wien einging, jedoch nicht angenommen werden konnte, weil die Zeit für eine gründliche Vorbereitung nicht reichte.

6. Bei der Eröffnung der Botschaft in Harare gab es keine getrennten Termine August 1981 und Frühjahr 1982. Botschafter Otto traf samt Mitarbeitern im März 1982 ein.

Jener österreichische Botschafter, der im August 1981 sein Beglaubigungsschreiben überreichte, war ich selbst, und zwar aus Sambia.

7. Bundesminister Dr. Pahr besuchte im Mai 1981 Sambia, Simbabwe und Kenia. Der Besuch in Simbabwe wurde von mir vorbereitet. Zwei Wochen vor dem Eintreffen Dr. Pahr's in Afrika teilte der damalige simbabwische Außenminister Dr. Witness Mangwende mit, daß er unverhofft den Premierminister nach China begleiten müsse. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits zu spät und wurde auch nie in Betracht gezogen, die Afrikareise abzusagen. Nur aus dem oben genannten Grund wurde der Besuch als inoffizieller gewertet, im übrigen war das Programm das eines offiziellen Besuches. Es gab damals in Simbabwe noch einen stellvertretenden Außenminister, S. Mumbengwegwi, der als Gastgeber fungierte.

8. Die Gründe für die bisher nicht erfolgte Eröffnung einer simbabwischen Botschaft in Wien sind nicht "unbekannt". Simbabwe hat dafür weder die Mittel, noch das Personal. Bei 28 diplomatischen Vertretungen in der ganzen Welt gibt es mehrere westeuropäische Länder, in denen kein simbabwischer Botschafter mitakkreditiert ist.

Die Mitakkreditierung eines simbabwischen Botschafters in Wien wurde zuletzt vom Herrn Vizekanzler in Luanda besprochen.

9. Die Bemerkung des damaligen Premierministers Mugabe, man könnte bald über Landrechte für Air Zimbabwe in Wien verhandeln, war eine scherzhafte Belanglosigkeit. Das Passagieraufkommen von und nach Österreich und das Fluggerät der Air Zimbabwe würden ein Luftverkehrsabkommen zu einem bedeutungslosen Papier machen.

10. Es handelt sich entgegen Ihren Ausführungen beim Tabakgeschäft nicht um einen Barter, sondern um Counter Trade. Dieser kam erstmals 1986 zustande, wurde aber in diesem Jahr nur teilweise ausgeliefert. Entgegen Ihren Ausführungen und jenen der IW hat er nie mehr als 2 Millionen US-Dollar betragen.

11. Daß eine österreichische Handelsmission nach Simbabwe nie zustande gekommen ist, ist unwahr. Eine solche fand vor meinem Eintreffen in Simbabwe statt, doch sind die genauen Daten nicht greifbar.

12. In Ihren Schlußfolgerungen zum Außenhandel vernachlässigen Sie die zentrale Position der österreichischen Kontrollbank, und damit die sehr eingeschränkten österreichischen Finanzierungsmöglichkeiten.

13. In Ihrer Darstellung des VOEST-ZISCO-Verhältnisses unterlassen Sie die Feststellung, daß Kurt Kühn weder zum Zeitpunkt seiner Berufung als ZISCO-Generaldirektor noch nachher VOEST-Angestellter war.

Seit Abschluß des Rehabilitierungsprogrammes und der Installierung eines Software Paketes für die vorbeugende Wartung ist es bei ZISCO, von den Koksöfen abgesehen, überhaupt zu keinen weiteren Investitionen gekommen.

14. Entwicklungshilfe: Wie Sie wissen, sieht das österreichische Entwicklungshilfegesetz vor, daß es ein Ansuchen geben muß, bevor Entwicklungshilfe gewährt werden kann. Bilaterale Entwicklungshilfeansuchen sind seitens Simbabwe nicht gestellt worden, noch wurde das Thema während des Besuchs von Premierminister Mugabe 1985 angeschnitten.

15. Ihre Ausführungen über den angeblich zurückgegangenen Besuch simbabwischer Minister in Österreich sind ergänzungsbedürftig. So hat z.B. Industrieminister Ndlovu 1987 die VOEST besucht. Andere simbabwische Minister haben Österreich zum Teil privat und zum Teil während der Tagungen der in Wien angesiedelten internationalen Organisationen besucht, doch kam es dabei meines Wissens aus Termingründen zu keinen Begegnungen mit österreichischen Ressortchefs.

Dr. Horst Mezei

Journal für Entwicklungspolitik 4, 1989, S. 101 - 103

Klaus Seeland (Hrsg.), Gegenseitiges Verständnis als Entwicklungsprozeß. Beiträge zu Theorie und Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Martin Menzi, Verlag Rüegger, Grösch 1989, 267 Seiten, sfr 38,-

Im Begleittext zu diesem Buch heißt es: "Die Autoren dieses Sammelbandes geben in vielfältiger Weise Auskunft darüber, daß ein Entwicklungsprozeß, der zukünftig von der Bewältigung globaler Probleme geprägt sein wird, ein gegenseitiges Verständnis zwischen 1. und 3. Welt dringend notwendig macht." Nach diesem Anspruch - nämlich dem gegenseitigen Verständnis - geht der Leser die 18 Autoren dieses Readers durch und findet ausschließlich Wissenschaftler und Experten europäischer Provenienz, sodaß sich die Frage stellt, ob auch dieses Verständnis ein "einseitiges" ist. Diese Vorbemerkung soll jedoch der inhaltlichen Qualität des Buches keinen Abbruch tun.

Der Reader bietet eine Sammlung von 15 Essays zu verschiedenen Problemen der Entwicklungspolitik. Die Beiträge sind dabei als Problemskizzen angelegt, die allgemeine Aspekte der Unterentwicklung und Entwicklungszusammenarbeit behandeln, Fragen der Ernährung und konkrete Beispiele aus der Praxis der Entwicklungshilfe. Interessieren wird dieses Buch insbesondere jene, die sich mittelbar und unmittelbar mit der Entwicklungshilfe beschäftigen, wobei es weniger konkrete Rezepte und Strategien enthält als vielmehr der Orientierung dient. Es handelt sich nur in Einzelfällen um tiefergehende wissenschaftliche Analysen.

Dieser Reader zeigt einmal mehr die Problematik von Sammelbänden, in denen - hier als Festschrift für einen Jubilar vorgelegt - Autoren gesammelt werden, die zum Thema oder der gefeierten Person in einem mehr oder minder losen Naheverhältnis sich befinden. Einigermaßen gelöst werden kann eine solche Situation durch eine umfangreichere Einführung des Herausgebers, der - in Würdigung der einzelnen Beiträge - einerseits das Verbindende herausstellen kann, andererseits dem Leser bei der Auswahl der ihn interessierenden Artikel behilflich ist. Leider fehlt diese. Die Fülle an Schriften, die heute auch dem Leser entwicklungspolitischer Literatur angeboten wird, verlangt m.E. mehr Sorgfalt in der herausgeberischen Arbeit.

Nun zu den Beiträgen selbst, von denen drei herausgehoben werden. Manche der Artikel zeigen sich in ihrer kulturkritischen Gangart akademisch und abgehoben. Die Feststellung, daß der "kulturelle Hintergrund, auf dem sich eine Intervention (gemeint ist Entwicklungszusammenarbeit) abspielt, von ausschlaggebender Bedeutung ist" (S. 37), ist bekannt, Beispiele aus der Praxis über Erfolge und Mißerfolge bei der Berücksichtigung kultureller Faktoren hätten hier die Diskussion ein Stück weiterführen können.

Wenn moniert wird, daß es den Entwicklungshelfern an "Verhandlungstechnik und Interventionsmethodik auf einer praxisbezogenen Ebene" (S. 41) fehle, dann

wird wieder einmal der Kardinalfehler von gescheiterten Entwicklungshilfeprojekten den beteiligten Subjekten, d.h. den Entwicklungshelfern zugeschoben. Auch ideale und bestausgebildete Menschen scheitern zuweilen an Strukturen. Bei der Fehler-suche darf die sich ständig in Veränderung begriffene Komplexität einer Projektsituation nicht vernachlässigt werden.

Mancher Leser mag bedauern, daß Hans Werner Tobler seinen Beitrag zur "Unterentwicklung in historischer Sicht" nicht weiter ausgebaut hat. Nach Tobler, von dem bereits eine Reihe grundlegender Geschichtswerke zu Lateinamerika vorliegen, hat der Kolonialismus im *Großgrundbesitz* Lateinamerika ein belastendes Erbe hinterlassen. Die Zählebigkeit des Großgrundbesitzes als eines der großen Entwicklungshemmnisse ergebe sich dadurch, so Tobler, "daß dieser nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und soziale Funktion erfülle" (S. 75).

Interessant ist der Beitrag von Fritsch und Kappel, die die in der Entwicklungszusammenarbeit vielstrapazierten Begriffe *Eigeninteresse* und *Altruismus* theoretisch auszuleuchten versuchen und einer empirischen Prüfung unterziehen, d.h. inwieweit die beiden Konzepte tatsächlich entwicklungspolitische Handlungsrelevanz haben. Dabei kommen die Autoren zu dem Schluß, daß die "Altruismusthese" nicht völlig verworfen werden kann, d.h. daß Entwicklungshilfeleistungen erheblich von der Bedürftigkeit der Entwicklungsländer bestimmt sind. Kleinere und ärmere Länder bekommen mehr Hilfe als größere und reichere. Doch schließt ein so gelagerter "Altruismus" tatsächlich Eigeninteresse aus? Erfolgt die Hilfe an die Bedürftigen nicht doch vorwiegend utilitaristisch zum Vorteil der Geberländer?

Fritsch und Kappel zitieren zur Überprüfung der "Eigeninteressethese" nicht aus eigenen Studien, sondern greifen auf andere Erhebungen zurück, in denen keine Bestätigung für die These gefunden werden konnte. Lediglich unter Heranziehung der sogenannten *Bürokratiehypothese* kann, so die Autoren, auch ein Eigennutz der Industrieländer nachgewiesen werden, wobei dieses Interesse sich mehr als ein Machtkonflikt im Geberland selbst, denn in einem Nord-Süd-Zusammenhang darstellt. Wenn auch diese These für die von Fritsch und Kappel angestellte Untersuchung von geringer Bedeutung ist, wäre es doch reizvoll, sie ganz allgemein auf den Prüfstand zu bringen. Die These besagt, daß in Auseinandersetzungen zwischen Entwicklungshilfebürokratie und außenpolitischen bzw. außenwirtschaftspolitischen Interessen erstere, um sich gegen letztere zu behaupten, sehr stark durch Machtmotive geprägt ist. Sie verfolge damit mehr ihre eigenen Interessen (aus Selbstschutzgründen) als die der Entwicklungsländer. (Eine auf der Basis dieser These vorgenommene Analyse der österreichischen Entwicklungspolitik, wobei die Kausalität des Zusammenhanges auch umgedreht werden könnte, soll hier angeregt werden.)

Resümierend befriedigt die Autoren weder die eine noch die andere Sichtweise, sodaß sie ein drittes Konzept vorstellen und dabei eine Anleihe bei John Rawls' "Theorie der Gerechtigkeit" nehmen. Danach erfolgt "Entwicklungszusammenarbeit nicht aus altruistischen oder ausschließlich eigennützigen Motiven, sondern bringt *allen* beteiligten Parteien Vorteile" (S. 101). Für diese These, nämlich die *Kooperationsthese* gelte es, empirische Evidenz zu finden. Genannt wird von den Autoren auch noch eine wichtige Antecedenzbedingung, die Rawls für seine These

formuliert hat: damit von Zusammenarbeit überhaupt gesprochen werden kann, müssen die beteiligten Partner ein gemeinsames Ziel anstreben. Kann ein solches gemeinsames Ziel gefunden werden? Hier verlassen die Autoren die Beobachtung und geraten selbst in die Falle normativer Erwartungen. Das Beispiel, das sie als Argument für ihre These bringen, nämlich "kooperative Ansätze zur Lösung des Schuldenproblems in der Dritten Welt" (S. 121), überzeugt wenig. Der Wunsch nach einer besseren Welt, in der das Eigeninteresse auf Kosten anderer zugunsten einer Zusammenarbeit, die niemanden benachteiligt, zurücktritt, darf nicht den Blick auf die wenig optimistische Realität verstellen.

Franz Kolland

Korkut Boratav, Die türkische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (1908 - 1980), Dayyeli Verlag, Frankfurt/Main 1987, 134 Seiten.

Korkut Boratav versucht in diesem Band die Wirtschaftspolitik der türkischen Regierungen von 1908 bis 1980 zu skizzieren. Dem Autor geht es dabei vor allem um eine Periodisierung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Im Gegensatz zu den meisten anderen Autoren, die die jüngere Wirtschaftsgeschichte der Türkei in drei Phasen, nämlich die Ära der Penetration des osmanischen Reiches durch die Kolonialmächte, die kemalistische Periode (1923 - 1945) und die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, untergliedert, setzt Boratav sein Periodisierungsschema bei der jungtürkischen Revolution von 1908 an. Für ihn repräsentiert die Machtübernahme der Jungtürken den eigentlichen Wendepunkt vom osmanischen Reich zur türkischen Republik und nicht die Reformbestrebungen des 19. Jahrhunderts, die eine Öffnung der Türkei nach dem Westen einleiteten, oder die Gründung der türkischen Republik 1923. Boratav unterscheidet für den Zeitraum 1908 bis 1980 acht verschiedene Phasen der ökonomischen Ausrichtung, in denen jeweils unterschiedliche Wirtschaftsstrategien, die von einer staatlich gelenkten auf den Binnenmarkt ausgerichteten Wirtschaftspolitik bis hin zu liberalistischen Tendenzen und einer forcierten Weltmarktintegration reichen, zur Anwendung kamen. Der Autor beschränkt sich nicht nur auf die Darstellung der Vor- und Nachteile verschiedener Wirtschaftskonzeptionen für die Entwicklung des Landes, sondern bemüht sich gleichzeitig um das Aufzeigen der inneren und äußeren Bedingungen. Damit geht Boratav über die sonst unter türkischen Autoren übliche Fixierung auf das Dependenzmodell hinaus.

Ein weiterer interessanter Aspekt seiner Arbeit ist die Art und Weise seiner Periodisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, die ebenfalls, im Gegensatz zu vielen anderen Autoren wirtschaftliche wie politische Faktoren miteinbezieht und zudem eine wesentlich genauere Differenzierung der verschiedenen Phasen der Wirtschaftspolitik vornimmt.

Seinem Anspruch ein gut lesbares, auch dem Laien verständliches Buch zu schreiben, wird der Autor leider nicht ganz gerecht. Neben stilistischen Schwierigkeiten ist vor allem die komprimierte Darstellungsweise der wirtschaftlichen Entwicklung für den nicht mit der Türkei vertrauten Leser ein Handikap beim Verständnis der Ausführungen Boratavs. Das Buch scheint daher wenig geeignet als Einführungslektüre in die Wirtschaftsgeschichte der türkischen Republik. Für den "Türkei-Spezialisten" jedoch ist diese Publikation eine willkommene Abwechslung zu den sonst oft recht einseitigen und stark ideologisch gefärbten Analysen türkischer Wissenschaftler.

Gabriele Paleczek

INFORMATIONEN FÜR AUTOREN:

1. Umfang:
Der Beitrag darf den Umfang von 20 Seiten (1 1/2zeilig, einschließlich Anmerkungen und Literaturverzeichnis) nicht wesentlich überschreiten. Wird dieser Umfang überzogen, muß die Autorin/der Autor mit der Auflage einer Kürzung rechnen.
2. Zitierweise:
Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Sofern auf Literatur verwiesen wird, soll dies im Text selbst, und zwar folgendermaßen geschehen: "wörtliches Zitat" (Myrdal 1982, S. 40) oder: dem Sinn nach (vgl. Elsenhans 1984, S. 131 ff.). Fußnoten bzw. Anmerkungen sind durchlaufend zu numerieren.
3. Zusammenfassung:
Es wird ersucht, eine knappe Zusammenfassung auf Englisch beizulegen.
4. Autorennotiz:
Bitte schicken Sie gemeinsam mit Ihrem Artikel auch eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.
5. Begutachtungsverfahren:
Sämtliche einlangende Manuskripte werden von der Redaktion begutachtet. Wissenschaftliche Manuskripte werden zusätzlich zwei externen Begutachtern zur Stellungnahme vorgelegt. Die Namen der Begutachter werden von der Redaktion vertraulich behandelt. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme eines Artikels in das JEP bleibt der Redaktion vorbehalten.

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Weyrgasse 5, 1030 Wien; Redaktionsschluß für die einzelnen Nummern: 15. 1., 15. 4., 15. 7., 15. 10.

VORSCHAU AUF DIE NÄCHSTEN HEFTE:

1990/1 Organisation der Entwicklungshilfe in verschiedenen europäischen Ländern

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien

Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges.m.b.H., A-1040 Wien